

Institut für Arbeitsmarkt-
und Berufsforschung

Die Forschungseinrichtung der
Bundesagentur für Arbeit

IAB

IAB-Regional

Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz

2/2012

Vom deutschen zum hessischen Arbeits- marktwunder?

Der hessische Arbeitsmarkt vor, in und nach der
Finanz- und Wirtschaftskrise

Carola Burkert
Alfred Garloff
Jan Machnig

ISSN 1861-3578

IAB Hessen
in der Regionaldirektion

Hessen

Vom deutschen zum hessischen Arbeitsmarktwunder?

Der hessische Arbeitsmarkt vor, in und nach der Finanz- und
Wirtschaftskrise

Carola Burkert (IAB Hessen)

Alfred Garloff (IAB Hessen)

Jan Machnig (IAB Hessen)

IAB-Regional berichtet über die Forschungsergebnisse des Regionalen Forschungsnetzes des IAB. Schwerpunktmäßig werden die regionalen Unterschiede in Wirtschaft und Arbeitsmarkt – unter Beachtung lokaler Besonderheiten – untersucht. IAB-Regional erscheint in loser Folge in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und wendet sich an Wissenschaft und Praxis.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	9
1 Einleitung	11
2 Ursachen und Ausmaß der Finanz- und Wirtschaftskrise	12
3 Der Arbeitsmarkt in Deutschland vor, während und nach der Krise	14
4 Hessen vor, während und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise	21
5 Entwicklung des Arbeitsmarktes in ausgewählten hessischen Regionen	27
6 Wie kann man das hessische und deutsche 'Arbeitsmarktwunder' erklären?	35
7 Fazit	43
Literatur	46
Anhang: Der Ausbruch der Finanzkrise von 2007/2008	50

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Entwicklung der saisonbereinigten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit in Deutschland, 03/2007–03/2012, (Beschäftigung bis 09/2011), Anzahl in Tausend	15
Abbildung 2:	Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland, 2007–2011, jeweils zum 30. Juni, in Tausend	18
Abbildung 3:	Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Deutschland in ausgewählten Wirtschaftszweigen, 2007–2011, jeweils 30. Juni, in Prozent	20
Abbildung 4:	Die Komponenten des BIP-Wachstums in Deutschland (Erwerbstätige, Arbeitszeit und Stundenproduktivität), Veränderungen gegenüber dem Vorjahresquartal, 1992–2011, in Prozent	21
Abbildung 5:	Entwicklung des bereinigten und unbereinigten Arbeitslosenbestands in Hessen, 06/2007–03/2012	23
Abbildung 6:	Entwicklung der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort in Hessen, 2005–2011, jeweils zum 30. Juni, Anzahl in Tausend und Veränderung zum Vorjahr, in Prozent	26
Abbildung 7:	Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Hessen in ausgewählten Wirtschaftszweigen, 2007–2011, jeweils 30. Juni, in Prozent	27
Abbildung 8:	Veränderung des nominalen Bruttoinlandsprodukts in den hessischen Regierungsbezirken und in ausgewählten hessischen Kreisen, 2009 gegenüber 2008, in Prozent	29
Abbildung 9:	Entwicklung der Arbeitslosenquoten in Hessen und in ausgewählten hessischen Kreisen, 09/2008–12/2009, in Prozent	30
Abbildung 10:	Veränderung der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt und im Verarbeitenden Gewerbe am Arbeitsort in ausgewählten hessischen Kreisen, 06/2009 gegenüber 06/2008	32
Abbildung 11:	Veränderung der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort zum Vorjahreswert im Dienstleistungsgewerbe und im Produzierenden Gewerbe, 2010, 2009 und 2008, jeweils zum 30. Juni	33
Abbildung 12:	Entwicklung der Anzahl der Kurzarbeiter in Hessen; 06/2007–06/2011	34
Abbildung 13:	Anteil der Kurzarbeiter an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort in Hessen und in ausgewählten hessischen Kreisen, 2007–2011, jeweils 30. Juni, in Prozent	35
Abbildung 14:	Entwicklung des realen BIP und der Arbeitslosenquote in OECD Ländern, Veränderung 2009 gegenüber 2008	36
Abbildung 15:	Entwicklung der Anzahl der Kurzarbeiter in Deutschland, 06/2007–06/2011, in Tausend	40

Kartenverzeichnis

Karte 1:	Veränderung der Anzahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III zum Vorjahresmonat in den Arbeitsagenturen, 11/2008–01/2011, in Prozent	17
Karte 2:	Veränderung der Anzahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III in den Bundesländern, 06/2009 gegenüber 06/2008 und 06/2011 gegenüber 06/2009, in Prozent	24
Karte 3:	Veränderung des Arbeitslosenbestands im Rechtskreis SGB III in den hessischen Kreisen, 06/2009 gegenüber 06/2008 und 06/2011 gegenüber 06/2009, in Prozent	31

Zusammenfassung

In diesem IAB Regional diskutieren wir die beeindruckende Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland und Hessen während und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009, die in der Literatur mit dem Begriff deutsches Arbeitsmarktwunder belegt worden ist. Wir kommen zu dem Ergebnis, dass die Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland und Hessen insofern zu Recht als Arbeitsmarktwunder bezeichnet wird, als dass die Arbeitsmarktentwicklung sich zumindest im Hinblick auf zahlenmäßige Entwicklung der Arbeitslosigkeit und Beschäftigung sehr positiv darstellt. Indessen ist das Wunder erklärbar: Die Natur der Krise selbst, eine zurückhaltende Einstellungspolitik vor der Krise, die seit Mitte der 1990er Jahre zu beobachtende Lohnmoderation, eine gestiegene Flexibilität des Einsatzes von Arbeitszeiten und nicht zuletzt die Arbeitsmarktreformen von 2003 bis 2005 scheinen mitverantwortlich dafür zu sein. Allerdings waren diese Entwicklungen so nicht antizipiert worden. Schließlich bleibt festzuhalten, dass wir es nicht mit neuen Arbeitsmarktgesetzen in dem Sinne zu tun haben, dass bei der nächsten Rezession dieses Wunder wiederholt würde, sondern dass hier viele Faktoren zusammen kamen.

Keywords:

Arbeitsmarktentwicklung, Arbeitsmarktwunder, Hessen, Wirtschafts- und Finanzkrise

Wir danken Doris Wiethölter und Oliver Ludewig für die inhaltlichen Anregungen sowie Annette Röhrig für Anregungen, Diskussionen und die Unterstützung bei der formalen Gestaltung des Textes.

1 Einleitung

Deutschland und Hessen sind gemessen an fast allen wirtschaftlichen Kennzahlen bisher vergleichsweise gut durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen, die in Deutschland im Jahr 2007 mit der ersten Bankenpleite und 2008 mit Rückgängen der Wirtschaftsleistung begonnen hat. Zwar war der Einbruch der wirtschaftlichen Tätigkeit in Deutschland gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt (BIP) (-5,1 Prozent) in 2009 höher als in vielen anderen OECD Ländern, aber die wirtschaftliche Erholung 2010 und 2011 (Veränderungsraten des preisbereinigten BIP: 4,2 Prozent und 3,0 Prozent) war rascher als in den meisten anderen Ländern.¹ Zudem leidet der deutsche Staat bisher insofern nicht unter der Staatsschuldenkrise, als dass er trotz seines hohen Verschuldungsgrades nach wie vor als zuverlässiger Schuldner gilt. Die Angst vor Zahlungsausfällen der Nachbarländer führt überdies dazu, dass sich Deutschland noch günstiger refinanzieren kann als zuvor. Zehnjährige Schuldverschreibungen des deutschen Staates wurden Ende März 2012 nur mit unter zwei Prozent verzinst; das liegt unterhalb der aktuellen Inflationsrate.

Im Gegensatz zum deutlichen Einbruch der Wirtschaftsleistung hat sich der deutsche Arbeitsmarkt gemessen an Beschäftigung und Arbeitslosigkeit unbeeindruckt von der Krise gezeigt. So erreichte der Anstieg der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr zu keinem Zeitpunkt die Zehn-Prozent-Marke und der Rückgang der Beschäftigung lag höchstens in der Größenordnung um 0,5 Prozent. Zudem hatte der Verzicht auf Entlassungen in der Krise, das sog. „labour hoarding“, auch nicht, wie noch zu Beginn 2010 von Arbeitsmarktexperten erwartet, in der Folge zu einem Wachstum ohne Beschäftigungsgewinne („jobless growth“) geführt.

Diese Entwicklung war so nicht erwartet worden und wird in der Literatur als deutsches Arbeitsmarktwunder bezeichnet (Möller 2010; Burda/Hunt 2011).

Die Debatte um die Gründe dieses deutschen Arbeitsmarktwunders ist noch nicht abgeschlossen, aber es kristallisieren sich einige Faktoren heraus, die dafür als mitverantwortlich eingeschätzt werden, dass aus dem größten Wirtschaftseinbruch der deutschen Nachkriegsgeschichte keine Krise des Arbeitsmarktes wurde.

In diesem IAB-Regional diskutieren wir die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes und die Gründe, die für dessen milde Reaktion angeführt werden.

Die hessische Wirtschaft unterscheidet sich deutlich von der bundesdeutschen Struktur insgesamt. Das bevölkerungs- und arbeitsplatzreiche Rhein-Main-Gebiet etwa hat eine deutliche Dienstleistungsorientierung mit Schwerpunkt im Bankenbereich. Darüber hinaus prägt der Großflughafen die Region, wie auch etwas dezentraler in Hessen der Logistikbereich deutlich an Wichtigkeit gewonnen hat: So haben sich z. B. im Landkreis

¹ Soweit nicht anders angegeben beziehen sich die Wirtschaftsdaten zur Vergangenheit immer auf die Quelle Statistisches Bundesamt oder Hessisches Statistisches Landesamt. Bei Daten zu Arbeitslosigkeit und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ist die Quelle die Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Es ist zu beachten, dass sich bei vielen der verwendeten Statistiken aufgrund von Revisionen immer wieder kleinere Veränderungen ergeben.

Hersfeld-Rotenburg mehrere Logistikdienstleister angesiedelt. Nordhessen hat sich in den letzten Jahren dynamisch entwickelt und stärker auf das Verarbeitende Gewerbe spezialisiert. Wir analysieren, ob der Begriff *Arbeitsmarktwunder* auch zur Entwicklung des hessischen Arbeitsmarktes insgesamt und dessen Regionen passt und ob dieselben Gründe, die die gesamtdeutsche Arbeitsmarktentwicklung erklären auch einen Erklärungsbeitrag dafür liefern können, wie sich der hessische Arbeitsmarkt entwickelt hat.

2 Ursachen und Ausmaß der Finanz- und Wirtschaftskrise

Viele Länder befinden sich seit dem Jahr 2007 oder 2008 in einer fortgesetzten Krisensituation, die sich ausgehend von Problemen am amerikanischen Immobilienmarkt zunächst zu einer synchronen und globalen Bankenkrise, dann zu deutlichen realwirtschaftlichen Rückgängen und daraus schließlich zu einer Krise staatlicher Verschuldung entwickelt hat. Die Auswirkungen der zweiten Welle der Krise (insbesondere die zunehmenden Staatsschulden sind trotz unterschiedlicher geldpolitischer Maßnahmen und der Einrichtung großer staatlicher Hilfsfonds (EFSF und geplante Einrichtung des ESM) keineswegs ausgestanden und drohen in einer zweiten Welle wiederum zu deutlichen realwirtschaftlichen Rückgängen zu führen.

Die Bankenkrise als Auslöser der realwirtschaftlichen weltweiten Krise in 2008/2009 und deren Ursachen diskutieren wir im Anhang.

Von der Bankenkrise zur Wirtschaftskrise

Es ist erklärungsbedürftig, wie eine Bankenkrise zu realwirtschaftlichen Einbrüchen führen kann. Der Ansteckungsmechanismus von der Bankenkrise zur Realwirtschaft unterscheidet sich bemerkenswert deutlich zwischen den unterschiedlichen Ländern. In den USA brach in der Folge der Bankenkrise das Konsumentenvertrauen ein, der Konsum sank und in der Folge reduzierten sich deutlich die Investitionen. Die Konsumzurückhaltung lag auch an dem durch Immobilienpreisrückgänge verursachten Vermögensverlust, den die privaten Haushalte hinnehmen mussten. In Deutschland hingegen blieb das inländische Konsumniveau nahezu unverändert. Dafür erlebte Deutschland einen drastischen Rückgang bei den Exporten und den Investitionen.

Verursacht wurde die spezifische deutsche Entwicklung durch mehrere Faktoren. Ein Faktor ist der Einbruch des Konsumentenvertrauens in den USA und in anderen Ländern: Da die dortigen Konsumenten aufgrund des gesunkenen Vertrauens weniger konsumierten, wurden auch weniger Waren aus Deutschland nachgefragt (Exporte in die außereuropäischen Industrieländer USA, Kanada, Australien, Japan, Neuseeland und Südafrika rund -21 Prozent in 2009 und -1 Prozent in 2008), wie etwa Automobile². Darüber hinaus war es in der Folge der Bankenkrise schwierig, Exporte gegen einen Zahlungsausfall abzusichern. Übliche

² Der Verkauf der Automobile war schon im Mai 2008, also noch vor dem eigentlichen Einbruch der deutschen Wirtschaftsleistung, deutlich rückläufig, wie insgesamt die Exporte in EU-Länder und außereuropäische Industrieländer schon 2008 leicht rückläufig waren. Der deutliche Rückgang der gesamten Exporte in 2009 wurde durch eine deutliche Exportsteigerung in die Staaten China, Mongolei, Nordkorea und Vietnam gebremst. Ebenso milderte der Verkaufszuwachs von Automobilen nach China (2008 auf 2009: +37 Prozent) den weltweiten Nachfragerückgang.

Sicherungsinstrumente sind Garantien von Banken oder Versicherungsinstitutionen, die ihrerseits in der Krise problematisch waren, beziehungsweise aufgrund der hohen Unsicherheit nicht mehr als Sicherheit akzeptiert wurden. Hinzu kommt, dass eine konjunkturelle Abkühlung, nicht zuletzt wegen der hohen Ölpreise schon vor der Bankenkrise zu erwarten war. Mit den Exporten ging auch die Investitionsnachfrage in Deutschland zurück. Auch dies verstärkte den Abwärtstrend.

Wissenschaftliche Arbeiten beschäftigen sich darüber hinaus mit der Frage, ob eine Verknappung der ausgegebenen Kredite von Banken an die Privatwirtschaft in Folge der Bankenkrise („Kreditklemme“) für den Abschwung mitverantwortlich ist. Eine Verknappung der Kredite ist allerdings nicht notwendigerweise auf die Angebotsseite zurückzuführen, sondern kann auch von der Nachfrageseite herrühren: So investieren Firmen, die eine schwache wirtschaftliche Entwicklung antizipieren, weniger. Darüber hinaus ist ein Zurückschneiden der Kredite auch ohne Finanzkrise zu befürchten, falls eine wirtschaftliche Abkühlung erwartet wird. Dennoch kommen diese Arbeiten zumeist zu dem Ergebnis, dass tatsächlich eine Verknappung der Kreditvergabe stattgefunden hat und zeigen Evidenz dafür, dass die Verknappung höher war, wenn eine starke Exposition zur Finanzkrise existierte (Gorton/Metrick 2012, Puri/Rocholl/Steffen 2011, Campello/Graham/Harvey 2010, Ivashina/Scharfstein 2010).

Das Ausmaß der Wirtschaftskrise

Insgesamt führten die Turbulenzen dazu, dass die Weltwirtschaft im Jahre 2009 erstmals seit 60 Jahren wieder schrumpfte: Die weltweite Wirtschaftsleistung reduzierte sich um 1,3 Prozent (Internationaler Währungsfonds 2009). Dieser Rückgang der Weltwirtschaftsleistung ist darauf zurückzuführen, dass nahezu alle wichtigen Wirtschaftsregionen der Welt von der Krise gleichzeitig betroffen waren. Die durch den Rückgang des Konsums verursachte starke Abnahme der wirtschaftlichen Leistung in den USA und die in der Folge noch viel deutlichere Schrumpfung des Welthandels hat dies maßgeblich gefördert. Aber auch der Rückgang der Investitionen hat zum Abschwung beigetragen. Der Welthandel reduzierte sich seit seinem Höchststand im Jahr 2008 bis Anfang 2009 um knapp 20 Prozent (Internationaler Währungsfonds 2009). Von diesen Rückgängen bei der Exportnachfrage waren insbesondere die sieben größten Industriestaaten, darunter auch Deutschland, stark betroffen. Im Gegensatz zu früheren Abschwungphasen stand zum damaligen Zeitpunkt aus der Sicht einiger Beobachter keine bedeutende wachsende Volkswirtschaft mehr zur Verfügung, die in der Lage gewesen wäre durch wachsende Nachfrage die Weltwirtschaft nachhaltig zu stabilisieren (Dullien/Herr/Kellermann 2009; Hicel 2009). Allerdings hat z. B. China mit seinen hohen Wachstumsraten in der Größenordnung von zehn Prozent zu einer schnellen Erholung des Welthandelsvolumens nach der Krise beigetragen.

Aufgrund der sehr starken Exportabhängigkeit (über 40 Prozent des Inlandsproduktes wird im- oder exportiert), litt die deutsche Wirtschaft im Vergleich zu anderen europäischen Volkswirtschaften besonders stark unter den Rückgängen des Welthandels. Insgesamt musste die deutsche Wirtschaft im Jahr 2009 eine Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) von -5,1 Prozent verkraften. Im Vergleich zu 2008 (+1,3 Prozent) fiel das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland damit um 6,4 Prozentpunkte niedriger aus. Dieser Rückgang markiert den stärksten ökonomischen Einbruch seit der Nachkriegszeit.

Zurückzuführen ist dieser deutliche Einbruch des Wirtschaftswachstums in Deutschland vor allem auf den drastischen Rückgang der weltweiten Nachfrage nach Exportprodukten, wie z. B. Autos und Maschinen. Der Außenhandel, der in der vorangegangenen Dekade stets überdurchschnittliche Beiträge zum Wachstum des BIP beigetragen hatte, bremste die wirtschaftliche Entwicklung damit empfindlich.³ Preisbereinigt sanken die Exporte im Jahr 2009 insgesamt um 14,7 Prozent. Von dieser Entwicklung war insbesondere das Verarbeitende Gewerbe besonders stark betroffen. Zum deutlichen Rückgang im Jahr 2009 trugen zudem die Investitionen bei, die im Vergleich zu 2008 um fast 20 Prozent sanken. Hingegen trug der Staat mit leicht gestiegenen Ausgaben zur Stabilisierung des BIP bei.

Vom wieder anziehenden Welthandelsvolumen profitiert die exportabhängige deutsche Wirtschaft dann allerdings auch wieder besonders deutlich. Nach der negativen Wachstumsrate im Jahr 2009 (-14,7 Prozent) stiegen die Exporte im Jahr 2010 preisbereinigt wieder um 14,2 Prozent. Der wieder anziehende Außenhandel erwies sich damit als eine wichtige Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung, sowie als eine entscheidende Determinante dafür, dass sich Deutschland bereits im Jahr 2010 wieder in einer ökonomisch erstaunlich guten Verfassung befand. So weist das Statistische Bundesamt für das Jahr 2010 ein hohes Wachstum von 4,2 Prozent aus. Die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2011 entsprach bereits in etwa der Wirtschaftsleistung des ersten Quartals 2008 und somit war das Vorkrisenniveau bereits Anfang 2011 wieder erreicht. Auch im Jahr 2011 liegt das deutsche Wachstum wiederum höher als zunächst erwartet, nämlich bei 3,0 Prozent.

Für 2012 werden allerdings aufgrund der schwelenden Krise der Staatsfinanzen derzeit nur noch 1,0 Prozent vorhergesagt; darüber hinaus ist diese Prognose nach Einschätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute zurzeit mit hohen Unsicherheiten belastet (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2012; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2011).

Im folgenden Kapitel diskutieren wir die Folgen der beschriebenen wirtschaftlichen Entwicklung für den Arbeitsmarkt.

3 Der Arbeitsmarkt in Deutschland vor, während und nach der Krise

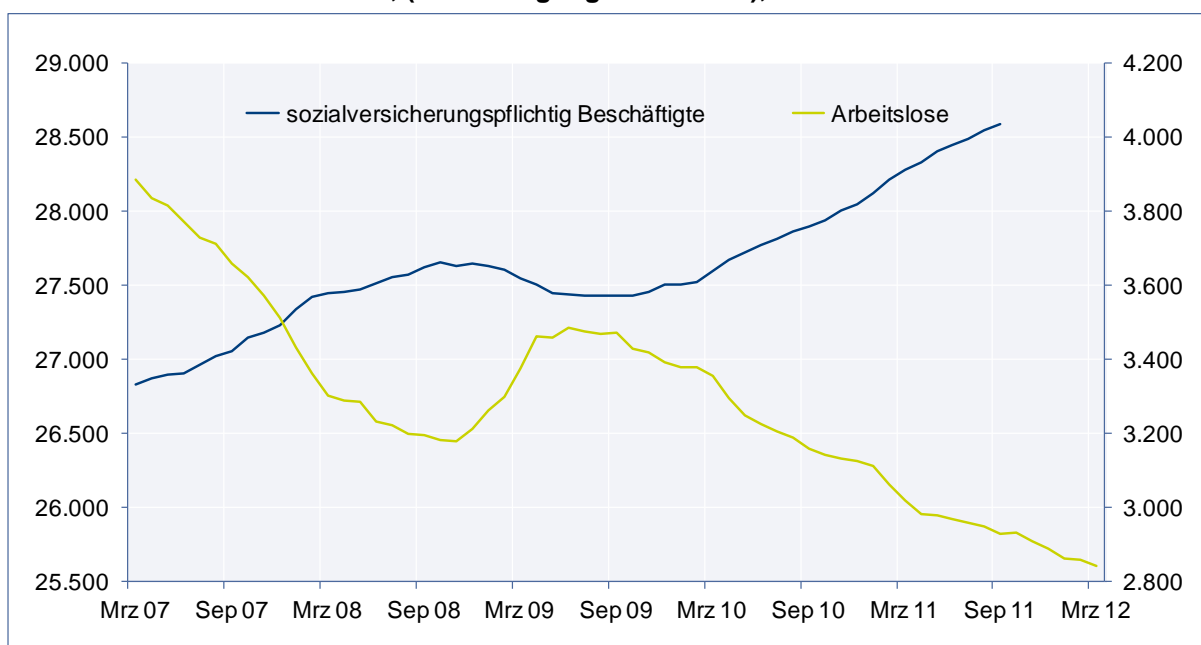
Abbildung 1 verdeutlicht die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, sowie der Arbeitslosigkeit in Deutschland von März 2007 bis März 2012. In den beiden Jahren vor der Krise (2007/2008) sank die Arbeitslosigkeit, während die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anstieg. Diese Entwicklung wurde durch die Auswirkungen der amerikanischen Krise(n) auf die deutsche Wirtschaft, insbesondere auf den Export, unterbrochen.

³ Der Außenhandel mit China stabilisierte dabei den Außenhandel etwas: die nicht preisbereinigten Exporte in die Länder China, Vietnam, die Mongolei und Nordkorea stiegen im Krisenjahr 2009 um fast zehn Prozent (alle Ausfuhren: -18,4 Prozent). Allerdings gingen nur unter fünf Prozent aller Exporte in diese Länder.

Arbeitslosigkeit

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit zu Beginn des Jahres 2009 fiel wie erwartet zunächst relativ deutlich aus. So stieg die Arbeitslosigkeit von knapp 3,2 Millionen im Dezember 2008 auf ca. 3,5 Millionen im Juni 2009. Doch bereits im Juli 2009 begann sich auf dem Arbeitsmarkt eine Trendwende abzuzeichnen. Infolgedessen sank in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2009 die Arbeitslosigkeit von knapp 3,5 Millionen auf unter 3,4 Millionen Arbeitslose. Die Auswirkungen der Krise auf den deutschen Arbeitsmarkt waren somit sehr moderat. Spuren hinterließ die Krise auf dem Arbeitsmarkt lediglich in der ersten Jahreshälfte 2009. Danach reduzierte sich die Arbeitslosigkeit wieder. Angesichts der Intensität und Dynamik der Krise war diese robuste Arbeitsmarktreaktion bemerkenswert.⁴

Abbildung 1: Entwicklung der saisonbereinigten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit in Deutschland, 03/2007–03/2012, (Beschäftigung bis 09/2011), Anzahl in Tausend



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Im Jahr 2010 sank die Arbeitslosigkeit weiter. Der deutsche Arbeitsmarkt profitierte offenbar schnell von der raschen konjunkturellen Erholung und dem wieder anziehenden Welthandelsvolumen. Das umfangreiche Halten von Arbeitskräften in 2009 hatte zunächst befürchten lassen, dass die konjunkturelle Erholung im Jahre 2010 vor allem in ein „jobless growth“ münden würde und damit wirkungslos am Arbeitsmarkt vorbei ginge (Fuchs et al. 2010a; Möller 2010; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen

⁴ Vergleicht man den Anstieg der Arbeitslosigkeit mit dem Anstieg in vorangegangenen rezessiven Phasen, so ist der geringe Anstieg noch viel bemerkenswerter. Im Verlauf der Wirtschaftskrise 1973 bis 1975 etwa vervierfachte sich die Arbeitslosigkeit. In der Krise 1979 bis 1982 kam es zu einem Anstieg auf mehr als das Doppelte. Auch die Krise 1991 bis 1993 führte zu einem deutlichen Anstieg um mehr als 500 Tausend Personen, ebenso wie die Krise 2001 bis 2005 zu einem sehr deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit führte.

Entwicklung 2011).⁵ Dies kann gemäß Abbildung 1 nicht bestätigt werden: Nach leichten Einbußen bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Jahr 2009, kehrte die Beschäftigung auf den Wachstumspfad zurück, den sie bis September 2008 beschritten hatte. Entsprechend deutlich sinkt die Arbeitslosigkeit seitdem. Damit trat das Gegenteil der für das Jahr 2010 von vielen Konjunktur- und Arbeitsmarktanalysten prognostizierten Entlassungswellen ein (s. o.).

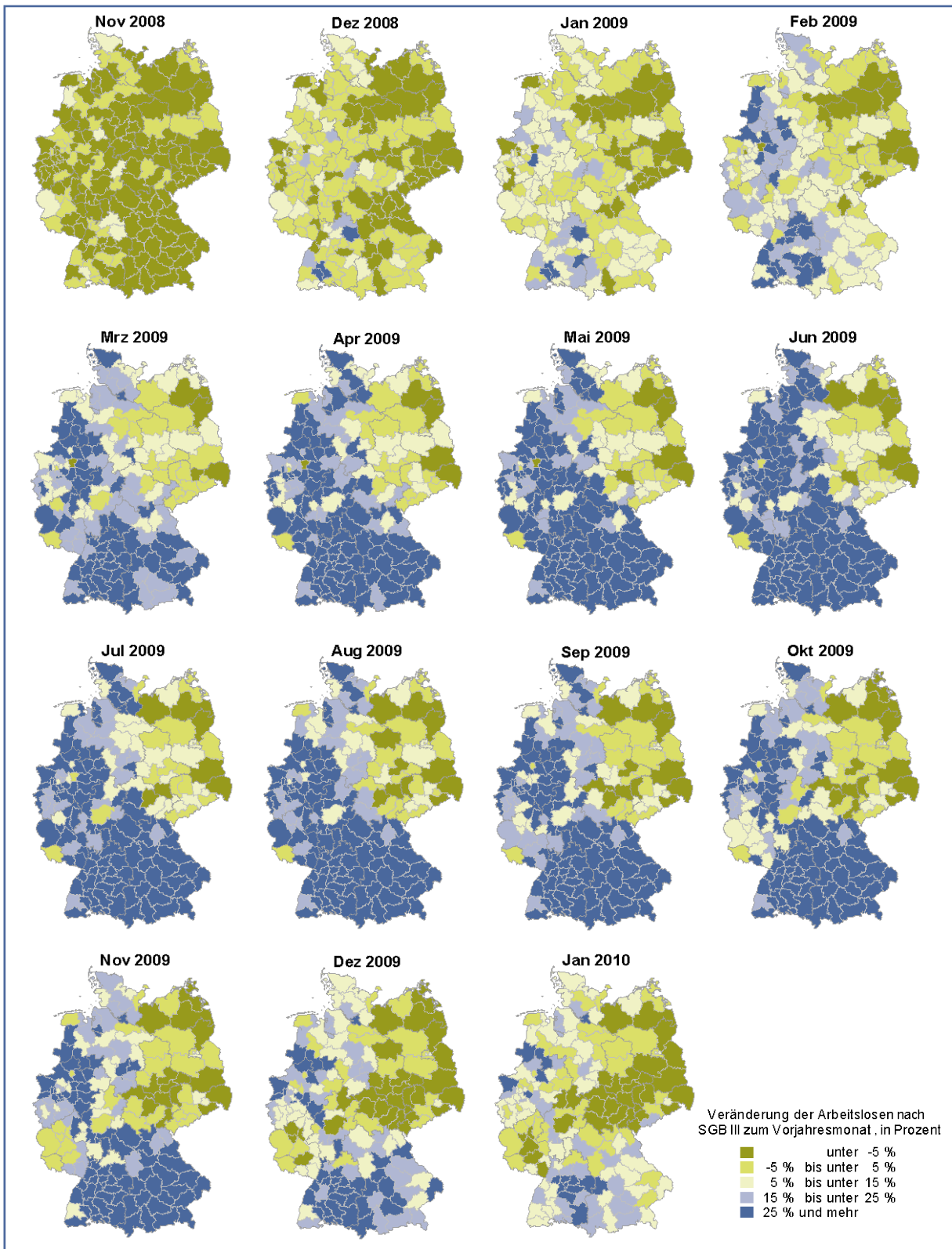
Diese positive Entwicklung hat sich auch im Jahr 2011 fortgesetzt. Die Arbeitslosigkeit ist weiter deutlich gesunken und lag ab Mai durchgehend unterhalb der Marke von drei Millionen. Im November 2011 befanden sich sogar nur ca. 2,7 Millionen Menschen in Arbeitslosigkeit, was dem niedrigsten Wert seit November 1991 entspricht. Dabei haben die Arbeitsagenturen ihren Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente seit der Krise zurückgefahren: Während die Zahl der Arbeitslosen von 3.011.000 im Dezember 2010 um rund 230.000 auf 2.780.000 im Dezember 2011 sank, fiel die Zahl der Unterbeschäftigten im selben Zeitraum von 4.389.000 um rund 500.000 auf 3.898.000 im Dezember 2011.

Karte 1 zeigt den Verlauf der Krise auf dem Arbeitsmarkt zwischen November 2008 und Januar 2010, indem sie die Veränderung der Anzahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III zum jeweiligen Vorjahresmonat abbildet.⁶ Dabei wird deutlich, dass einerseits Mitte 2009 mit einem deutlich gravierenderen Verlauf der Krise am Arbeitsmarkt gerechnet werden konnte und andererseits sich die Auswirkungen der Krise auf den deutschen Arbeitsmarkt regional stark unterschiedlich verteilen.

⁵ In Kapitel 5 beschäftigen wir uns mit den Gründen für das Halten der Arbeitskräfte und erörtern auch die Rolle der Kurzarbeit.

⁶ Wir konzentrieren uns hier zunächst auf den SGB-III-Bereich, weil dort Veränderungen am Arbeitsmarkt schneller sichtbar werden, als im SGB-II-Bereich.

Karte 1: Veränderung der Anzahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III zum Vorjahresmonat in den Arbeitsagenturen, 11/2008–01/2011, in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Während sich die Anzahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III in den eher strukturschwächeren Regionen in Ostdeutschland im Verlauf der Krise kaum verändert hat

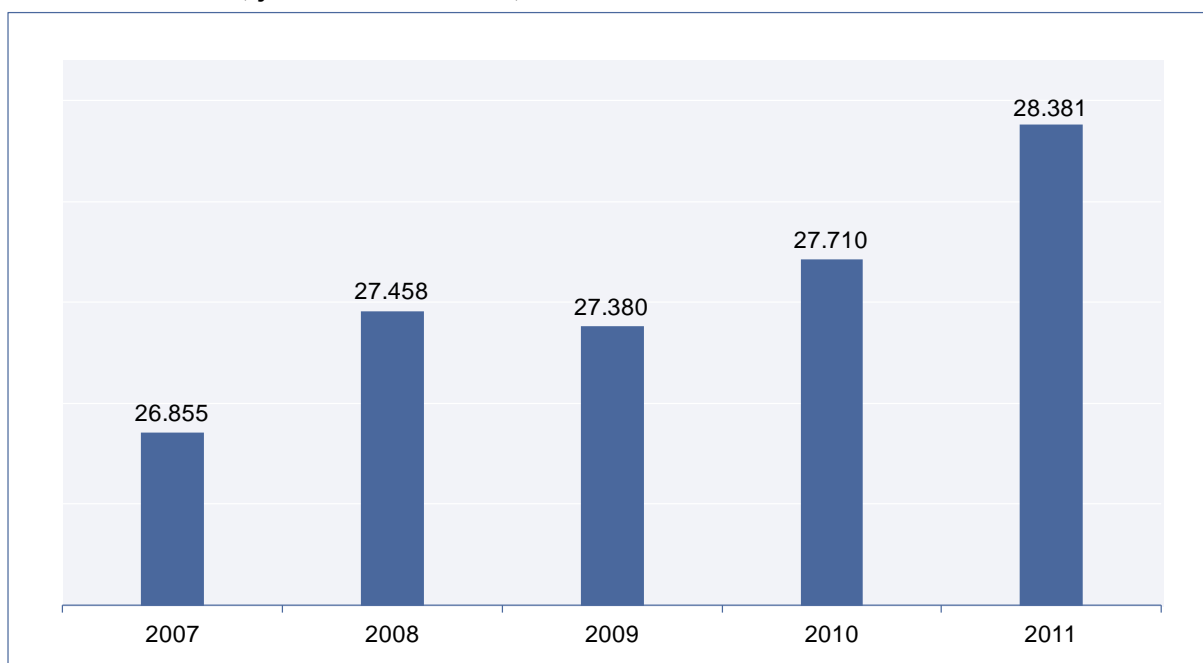
beziehungsweise sogar weiterhin sank, stieg sie in den strukturstarken Regionen Deutschlands, darunter insbesondere in Süd- und Westdeutschland, rapide an. So schnellte in den Monaten März 2009 bis Dezember 2009 die Anzahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III in vielen Regionen, Nord-, West- und Süddeutschlands zum Teil um über 25 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat in die Höhe.

Daher waren diejenigen Regionen, die vor der Krise bereits durch eine hohe Arbeitslosigkeit geprägt waren, von der Krise deutlich weniger betroffen, als diejenigen Regionen in Deutschland, die traditionell eine eher geringe Arbeitslosigkeit aufwiesen. Die Tatsache, dass die Wirtschaftskrise die starken (exportorientierten) Firmen in den prosperierenden Regionen Deutschlands am stärksten getroffen hat, zeigte sich also auch in der Entwicklung der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III. Das stellt einen fundamentalen Unterschied zu früheren Rezessionen dar: „Während in früheren Rezessionen rückständige Regionen weiter zurückgefallen sind, gab es in der aktuellen Krise eine Konvergenzkraft, die ökonomischen *hot spots* mussten Federn lassen, während die schwächeren Gebiete, etwa in Ostdeutschland, vom Nachfrageeinbruch [...] weitgehend verschont geblieben sind“ (Möller 2010).

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Die insgesamt nur wenig eingetrübte Arbeitsmarktentwicklung während und die positive Entwicklung nach der Krise in Deutschland zeigt sich auch bei der Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland, 2007–2011, jeweils zum 30. Juni, in Tausend



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Betrachtet man diese Entwicklung vor und nach Ausbruch der Krise, so wird deutlich, dass inzwischen mehr Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. So waren im Jahr

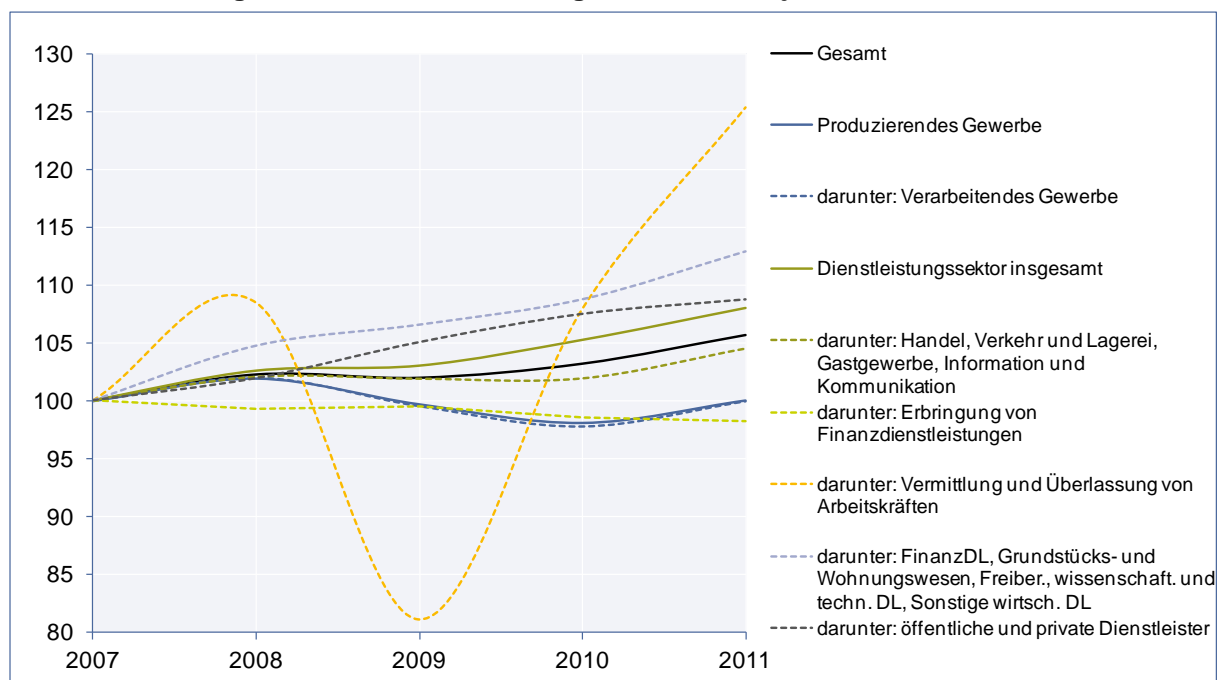
2007 ca. 26,9 Millionen Menschen in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Zur Jahresmitte 2011 waren es bereits knapp 28,4 Millionen Menschen, was einem Zuwachs von 1,5 Millionen Beschäftigten (5,7 Prozent) entspricht. Dass sich der deutsche Arbeitsmarkt während der Krise besonders robust präsentiert hat, verdeutlicht auch der sehr geringe Rückgang an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen im Krisenjahr 2009. Vergleicht man den 30.06.2009 mit dem 30.06.2008, so zeigt sich ein Rückgang von nur rund 78.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Der stärkste Rückgang wurde im dritten Quartal 2009 gemessen: Dort waren in Deutschland⁷ rund 175.000 Personen weniger beschäftigt als im Vorjahr, was einer Abnahme von weniger als einem Prozent entspricht. Nicht viel, wenn man bedenkt, dass das Wachstum der Wirtschaftsleistung gegenüber dem Trendwachstum von rund 1,5 Prozent um rund 6,5 Prozent abwich (vgl. Möller 2010; Burda/Hunt 2011). Schon im März 2010 verzeichnete die Beschäftigung im Westen wieder Zuwächse und bereits im Juni 2010 war der Beschäftigungsstand des Vorkrisenjahres 2008 wieder deutlich übertroffen.

Die im Zusammenhang mit den Karten oben erwähnte besondere Struktur der Wirtschaftskrise zeigt sich auch im Hinblick auf die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen.

Wie Abbildung 3 zeigt, sinkt die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe, darunter insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, seit Mitte 2008 bis Mitte 2010, während die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Dienstleistungssektor angestiegen ist. Eine negative Entwicklung ist ebenso bis 2009 im Bereich der Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften ersichtlich. Diese Entwicklungen erklären zum Teil auch, warum Männer von der Krise viel stärker betroffen waren, als Frauen (Garloff et al. 2010). Die stärksten Schwankungen wurden im Wirtschaftszweig der Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften gemessen; Nach einer rasanten Talfahrt zwischen Juni 2008 und Juni 2009 sank die Beschäftigtenzahl zuerst um über 27 Prozent und stieg dann bis zum Juni 2010 mit der gleichen Dynamik um beinahe 27 Prozent wieder ebenso steil an.

⁷ Dabei verzeichnete Westdeutschland einen Rückgang von etwa 185.000 Beschäftigten, während gleichzeitig in Ostdeutschland per Saldo etwa 10.000 zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse entstanden waren.

Abbildung 3: Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Deutschland in ausgewählten Wirtschaftszweigen, 2007–2011, jeweils 30. Juni, in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

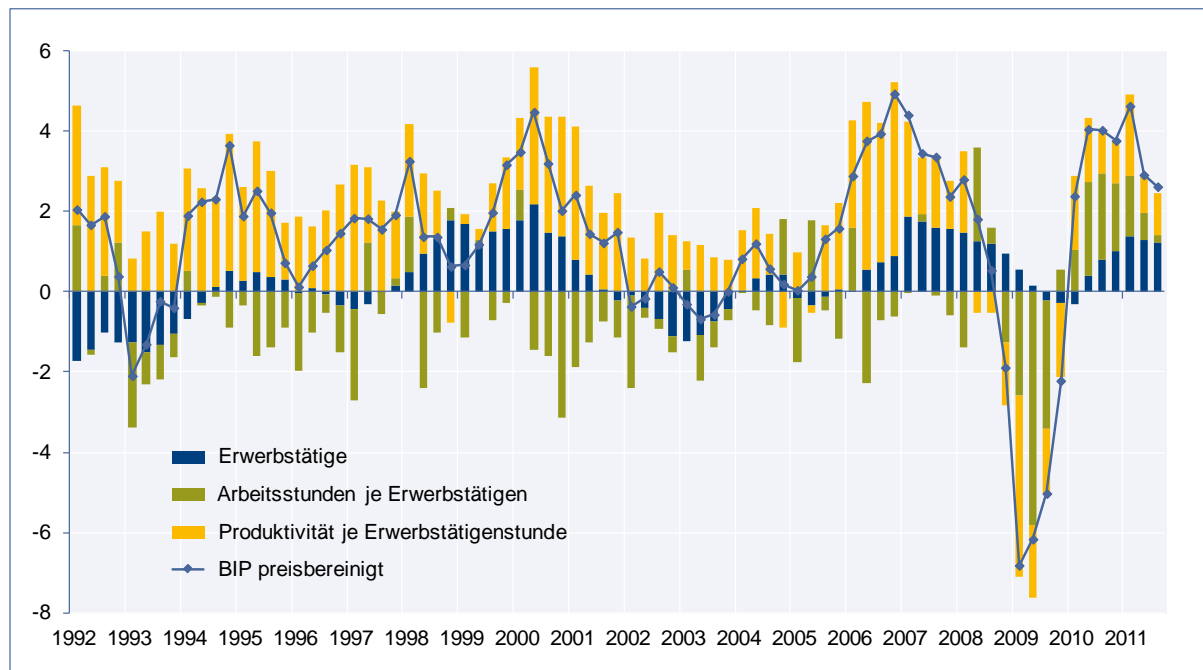
Woher kommt der BIP-Rückgang, wenn die Beschäftigung stagniert?

Wenn das Bruttoinlandsprodukt sinkt und die Erwerbstätigkeit zugleich stagniert beziehungsweise schwächer zurückgeht als das BIP, dann ist die Wirtschaftsleistung pro Erwerbstätigen gesunken. Der Rückgang der Wirtschaftsleistung pro Erwerbstätigen kann dabei weiter zerlegt werden in einen Rückgang der gearbeiteten Stunden pro Beschäftigten und einen Rückgang der Produktivität pro geleistete Stunde.

Abbildung 4 bildet die Komponenten des BIP-Wachstums (Erwerbstätige, Arbeitszeit und Stundenproduktivität) zwischen 1992 und 2011 ab. Dabei wird deutlich, dass in der Vergangenheit ein Rückgang des realen BIP fast immer auch eine Beschäftigungsreaktion hervorgerufen hat. Beobachtet werden kann dies z. B. in den Jahren 1993 und 2003, in denen ein Rückgang des realen BIP einen Beschäftigungsrückgang in der etwa gleichen Größenordnung nach sich gezogen hat.

Im Rahmen der derzeitigen Krise zeigt sich jedoch ein anderes Bild. Wie Abbildung 4 verdeutlicht, sank im dritten Quartal 2009 das BIP um fünf Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal. Dieser Einbruch des BIP ging jedoch nicht wie in der Vergangenheit mit einem Rückgang der Erwerbstätigkeit in etwa der gleichen Größenordnung einher. Vielmehr setzt sich der Rückgang des BIP im dritten Quartal 2009 zusammen aus einer Reduktion der Arbeitszeit je Erwerbstätigen um 3,2 Prozent, einem Rückgang der Stundenproduktivität um 1,6 Prozent und einer Abnahme der Anzahl der erwerbstätigen Personen um etwa 0,2 Prozent. Ähnlich kam der Rückgang des BIP in den anderen Quartalen des Krisenjahres 2009 zustande (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Die Komponenten des BIP-Wachstums in Deutschland (Erwerbstätige, Arbeitszeit und Stundenproduktivität), Veränderungen gegenüber dem Vorjahresquartal, 1992–2011, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Die Tatsache, dass der Rückgang des BIP nicht wie in der Vergangenheit mit einem deutlichen Rückgang der Erwerbstätigkeit einherging, zeigt, dass die gegenwärtige Krise auf dem Arbeitsmarkt offenbar anders ablief als in der Vergangenheit (Möller 2010). Die verschiedenen möglichen Ursachen für diese Entwicklung werden in Kapitel 6 diskutiert.

4 Hessen vor, während und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise

Auch Hessen konnte sich von der Rezession nicht abkoppeln. So ging das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 insgesamt um 6,3 Prozent zurück. Der Einbruch fiel damit stärker aus als in Deutschland insgesamt. Im Jahr 2010 wuchs die hessische Wirtschaft (2,8 Prozent) ebenfalls langsamer als die deutsche Wirtschaft (4,2 Prozent). Für das Jahr 2011 belaufen sich die Zahlen des Hessischen Statistischen Landesamts (HSL) auf ein Wachstum des realen BIP in Höhe von 3,2 Prozent, womit die hessische Entwicklung leicht über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt.⁸

Die Tatsache, dass das Verarbeitende Gewerbe in Hessen eine weniger gewichtige Rolle spielt als in Deutschland insgesamt, hätte erwarten lassen, dass Hessen besser durch die Krise kommt, als Deutschland. So betrug im Jahr 2008 der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten nominalen Bruttowertschöpfung (BWS) in Hessen 18,5 Prozent, während dieser Anteil in Deutschland bei 23,5 Prozent lag (Hessisches Statistisches Landesamt 2009). Gewichtet man die bundesdeutsche Wachstumsrate der nominalen

⁸ Die hessischen Zahlen beruhen auf einer Veröffentlichung des Hessischen Statistischen Landesamtes (2012).

Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe (-22,3 Prozent) mit dem hessischen Industrieanteil, so ergibt sich eine Wachstumsdifferenz von etwa einem Prozentpunkt. Unterstellt man für Hessen und Deutschland eine ähnliche Preisentwicklung, erklärte die Zusammensetzung der hessischen Wirtschaft also eine positive Abweichung des hessischen Wachstums um etwa einen Prozentpunkt. Die tatsächliche schlechtere Entwicklung liegt darin begründet, dass der in Hessen wichtige Bereich Verkehr und Lagerei hierzulande sehr viel deutlicher eingebrochen ist, als andernorts. Außerdem trägt der Bereich der Unternehmensdienstleistungen mit seinem in Hessen etwas schlechteren Ergebnis, aber seinem größeren Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung, zum schlechten Ergebnis bei.

Im Regierungsbezirk Darmstadt, der mehr als die Hälfte der hessischen Arbeitsplätze umfasst, hat sich trotz Unternehmen, wie z. B. der Adam Opel AG und der Hoechst AG und eines großen Energiestandortes wie Biblis, eine Dienstleistungsorientierung herausgebildet. So beträgt der Anteil von primärem (Forst- und Agrarbereich) und sekundärem Sektor (Produzierendes Gewerbe) an der gesamten Bruttowertschöpfung im Regierungsbezirk Darmstadt noch ca. 22 Prozent (ca. drei Prozentpunkte unter dem hessischen Durchschnitt), während der Rest dem Dienstleistungssektor zuzurechnen ist.

Tendenziell stabilisierend war in der Krise die Tatsache, dass ein hoher Anteil des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen in der Chemischen Industrie zu finden ist. In Hessen hat die Chemische Industrie, wozu auch der Pharmabereich zählt, einen Anteil von rund 25 Prozent an der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe (Deutschland: zwölf Prozent). Die Chemische Industrie in Hessen hat in der Krise den Einbruch anderer Industriezweige und der Chemischen Industrie andernorts nicht nachvollzogen und sich deutlich günstiger entwickelt. Die Einbrüche im Verarbeitenden Gewerbe waren in Hessen (-21,1 Prozent) daher etwas geringer ausgeprägt als in Regionen die z. B. einen hohen Anteil der Metallverarbeitenden Industrie aufweisen. Möglicherweise hat auch die sog. Umweltprämie (Abwrackprämie), von der die auch in Hessen vertretenen Autohersteller VW und Opel profitierten, sich günstig auf die Entwicklung des hessischen Verarbeitenden Gewerbes ausgewirkt.

Der hessische Arbeitsmarkt

Abbildung 5 zeigt den Verlauf der saisonbereinigten und nicht saisonbereinigten Arbeitslosigkeit seit Juni 2007 bis März 2012.⁹ Erkennbar ist ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit im Boomjahr 2007 sowie im Jahr 2008. Typisch für die hessische Saisonfigur ist der deutliche Anstieg jeweils zu Beginn eines Jahres und ein schwächerer Anstieg Mitte des Jahres, wobei der Anstieg Mitte des Jahres eventuell auch wegen der unterschiedlichen Sommerferientermine, etwas weniger eindeutig zu lokalisieren ist.

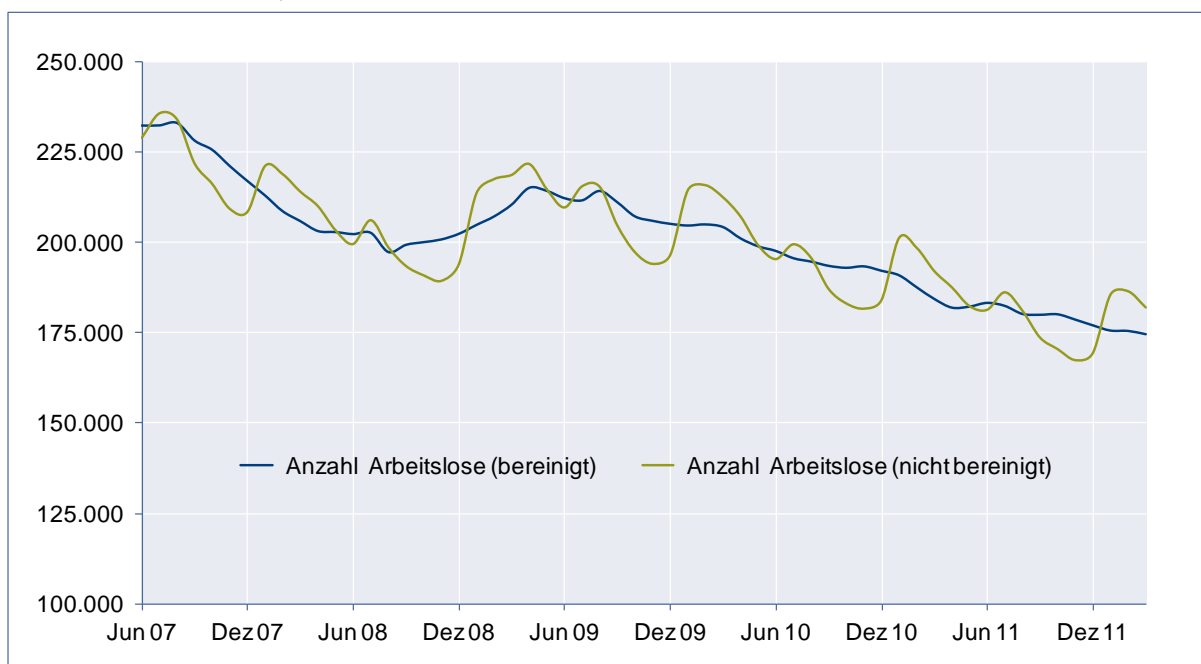
Des Weiteren zeigt die Abbildung 5 wie sich der Bestand an Arbeitslosen krisenbedingt zum Ende des Jahres 2008 beziehungsweise zu Beginn des Jahres 2009 deutlich und stärker als

⁹ Saisonbereinigt heißt, dass mit Hilfe mathematischer Methoden typische Saisoneinflüsse herausgerechnet werden. So kann etwa ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit im Januar gegenüber Dezember sogar einen saisonbereinigten Rückgang bedeuten, weil die Arbeitslosigkeit im Januar gegenüber Dezember immer merklich ansteigt.

saisonüblich erhöhte. So wuchs die unbereinigte Arbeitslosigkeit zwischen Dezember 2008 von knapp 193.000 auf ca. 222.000 Personen im April 2009, was einem Anstieg von ca. 29.000 Arbeitslosen innerhalb von nur fünf Monaten entsprach. Die bereinigte Arbeitslosigkeit erhöhte sich im selben Zeitraum von 202.000 auf 215.000 Arbeitslose. Doch bereits zur Mitte des Jahres 2009 kam es auf dem hessischen Arbeitsmarkt, ähnlich wie auf dem gesamtdeutschen Arbeitsmarkt, zu einer Trendwende und der Bestand an Arbeitslosen reduzierte sich wieder. Im Jahresdurchschnitt waren im Jahr 2009 insgesamt etwa 210.000 Menschen ohne Arbeit, das waren knapp 7.000 Arbeitslose mehr als im Jahresdurchschnitt 2008 (ca. 203.000).

Im Jahr 2010 entwickelte sich der hessische Arbeitsmarkt sehr dynamisch. Neben den saisonüblichen Ausschlägen sank die (bereinigte) Arbeitslosigkeit über nahezu das ganze Jahr hinweg kontinuierlich. Dieser Trend setzte sich auch im Jahr 2011 fort. Im vierten Quartal des Jahres 2011 fiel die Arbeitslosigkeit sogar auf den niedrigsten Wert (etwa 177.100 Arbeitslose) seit 1993. Auch zum Ende des ersten Quartals 2012 nahm die Arbeitslosigkeit weiter ab und erreichte im März 2012 den seither niedrigsten Wert (rund 174.700).

Abbildung 5: Entwicklung des bereinigten und unbereinigten Arbeitslosenbestands in Hessen, 06/2007–03/2012

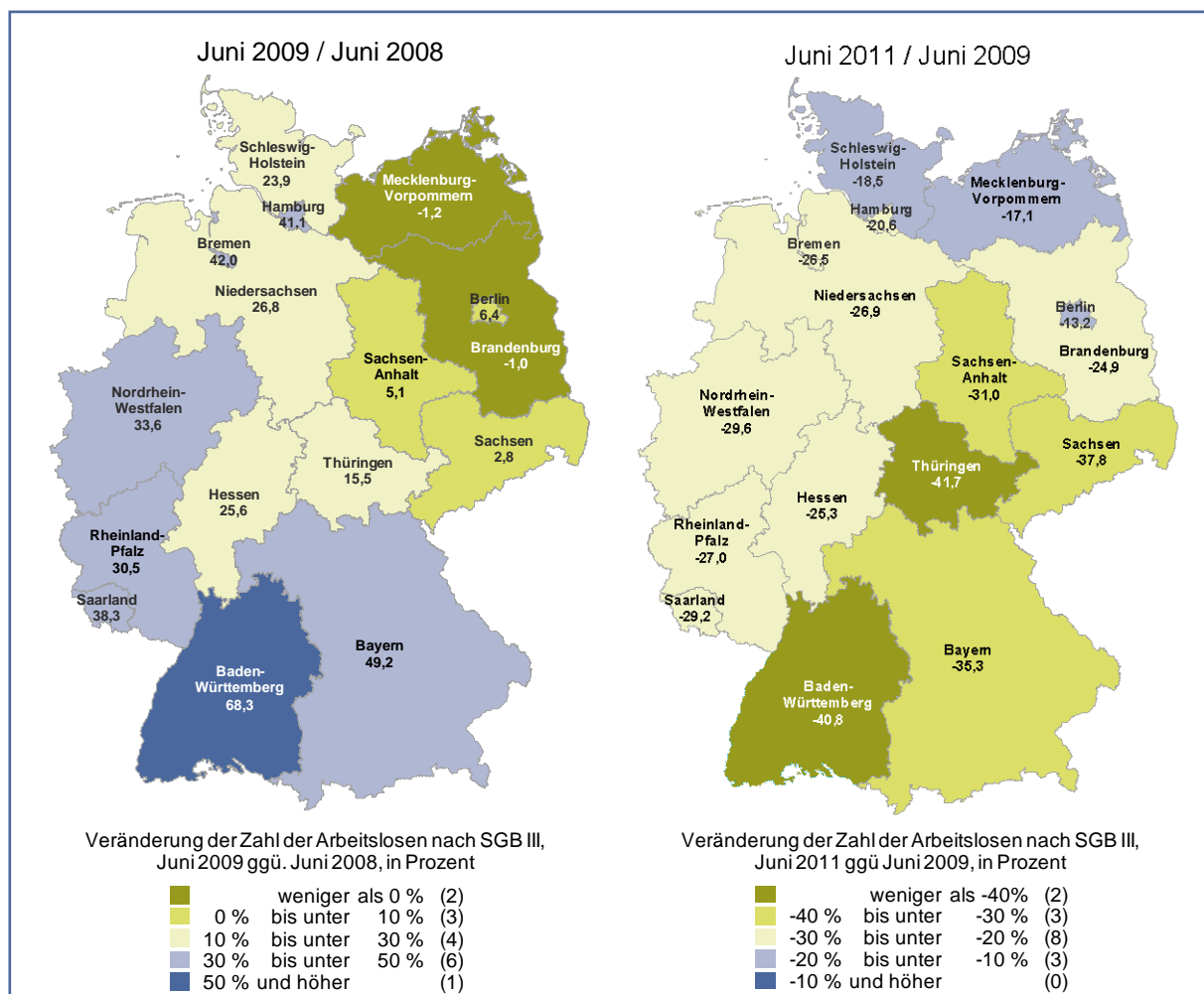


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Karte 2 zeigt die Veränderung der Anzahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III in den jeweiligen Bundesländern. Offensichtlich liegt Hessen nicht nur geographisch in der Mitte von Deutschland, sondern auch was die Auswirkung der Krise auf dem Arbeitsmarkt betrifft. Es wird deutlich, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III, in einem der stärksten Krisenmonate im Juni des Jahres 2009, in Hessen mit knapp 26 Prozent schwächer als in den meisten Nachbarländern ausfiel. Bis auf Thüringen mit 15,5 Prozent und Niedersachsen mit knapp 27 Prozent stieg die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III im

Juni 2009 gegenüber Juni 2008 in allen Nachbarländern Hessens deutlich stärker an. So wuchs die Arbeitslosenzahl im Juni 2009 gegenüber Juni 2008 in Rheinland-Pfalz um 30,5 Prozent, in Nordrhein-Westfalen um 33,6 Prozent, in Bayern um 49,2 und in Baden-Württemberg sogar um 68,3 Prozent.

Karte 2: Veränderung der Anzahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III in den Bundesländern, 06/2009 gegenüber 06/2008 und 06/2011 gegenüber 06/2009, in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Zwar hat sich der konjunkturelle Einbruch insbesondere im Rechtskreis SGB III auch am hessischen Arbeitsmarkt bemerkbar gemacht, allerdings erreicht die Arbeitslosigkeit auch in diesem Rechtskreis in Hessen seit 2011 Rekordniedrigwerte:

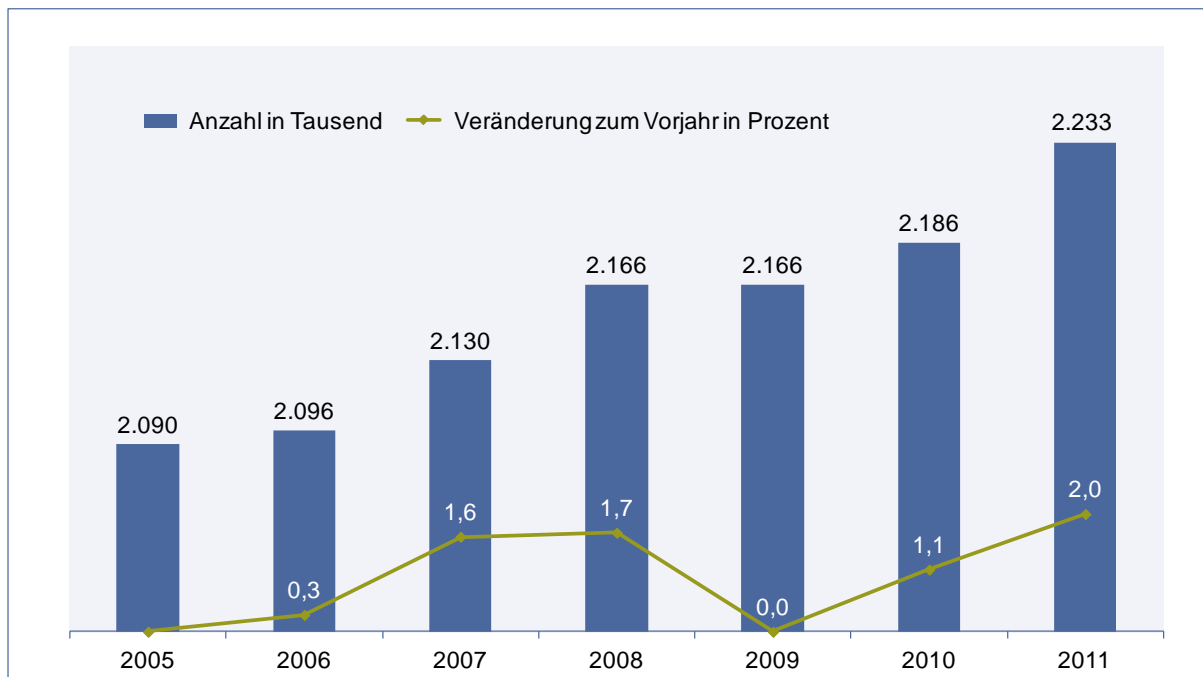
Das liegt weder an Veränderungen in der statistischen Erfassung der Arbeitslosigkeit¹⁰, noch am Rückgang der Anzahl der Erwerbspersonen (laut Mikrozensus betrug die Anzahl der Erwerbspersonen im Alter 15-64 Jahre in Hessen in 1993 noch 2.916,3 Mio. und im Jahr 2011 sogar 3.096 Mio.), sondern ist ein Rückgang, der durch die beschriebene positive Beschäftigungsentwicklung zu erklären ist. Vergleicht man z. B. die Veränderung der Arbeitslosenanzahl im Rechtskreis SGB III in Hessen im Juni 2011 gegenüber dem Krisenmonat Juni 2009, so wird deutlich, dass der hessische Arbeitsmarkt heute gut dasteht und die Krise keine nachhaltigen Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen hat. So ist die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III im Juni 2011 um 25,3 Prozent geringer als im Juni 2009 (vgl. Karte 2).

Legt man zusätzlich Unterbeschäftigungszahlen zugrunde, also Zahlen, die auch solche Arbeitslose erfassen, die derzeit in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind, so sind die Rückgänge in der Unterbeschäftigung sogar noch ausgeprägter als die Rückgänge in der Arbeitslosigkeit, weil die Arbeitsagenturen ihren Maßnahmeneinsatz auch aufgrund der günstigen Beschäftigungsentwicklung gesenkt haben. Die Anzahl der Unterbeschäftigten ohne Kurzarbeit betrug im August 2010¹¹ rund 270.000 Personen, während die Arbeitslosigkeit bei etwa 196.000 Personen lag. Die Unterbeschäftigung war also um über ein Drittel höher als die Arbeitslosigkeit. Der Rückgang zum Vorjahr betrug rund 26.000 Unterbeschäftigte, während die Arbeitslosigkeit nur um knapp 20.000 Personen sank.

¹⁰ Es hat zwar Veränderungen bei der statistischen Erfassung der Arbeitslosigkeit gegeben. Die gravierendste fand aber im Rahmen der Hartz IV-Reform statt. Sie führte zu einem deutlichen Anstieg der ausgewiesenen Arbeitslosigkeit, weil ein Teil der Arbeitslosen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe hatten, vor der Reform nicht als arbeitslos gezählt wurde. Im Wesentlichen aufgrund dieser Umstellung stieg die Arbeitslosigkeit in Hessen 2005 um rund 20 Prozent oder 50.000 Personen. Statistische Änderungen hätten also eher zu einem Ansteigen der Arbeitslosigkeit und nicht zu einem Rückgang führen müssen.

¹¹ Die Angaben beziehen sich auf Daten der Arbeitsmarktanalyse der Länder der Bundesagentur für Arbeit (2011).

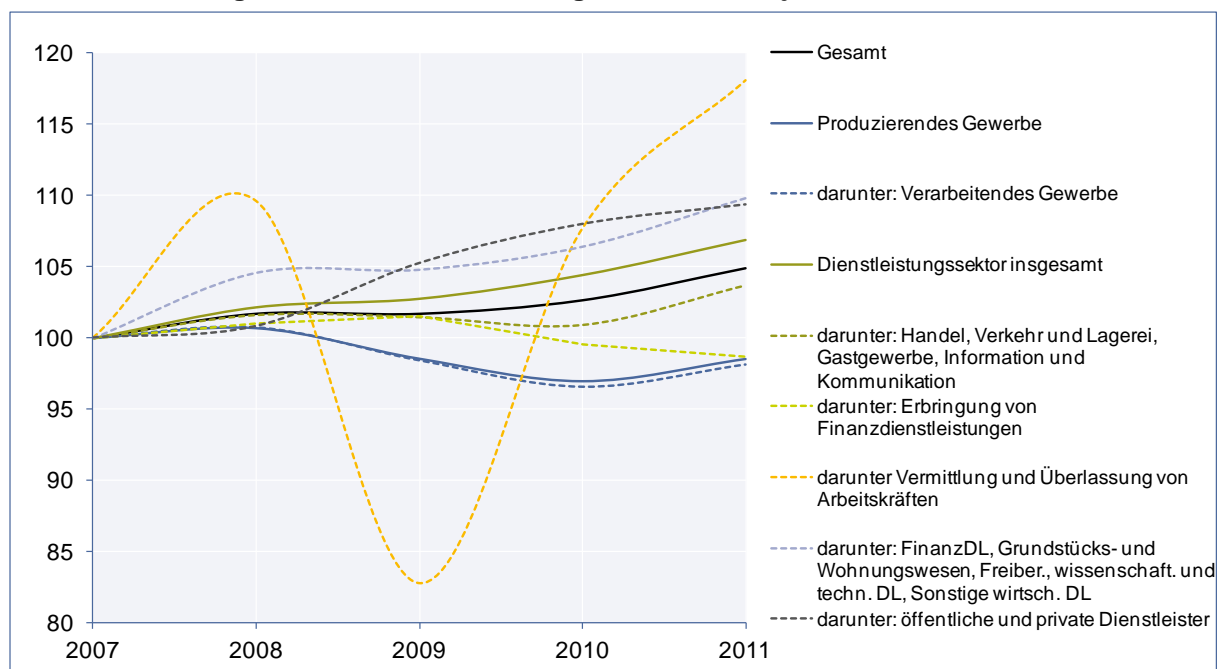
Abbildung 6: Entwicklung der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsplatz in Hessen, 2005–2011, jeweils zum 30. Juni, Anzahl in Tausend und Veränderung zum Vorjahr, in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Die positive Arbeitsmarktentwicklung in Hessen zeigt sich auch in den Beschäftigungszahlen. Zum 30.06.2009 waren etwa genauso viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt wie am 30.06.2008; die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung blieb trotz des deutlichen Einbruchs des BIP annähernd unverändert. Eine beeindruckende Entwicklung angesichts der Dynamik der Krise. Nach dem Krisenjahr 2009 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hessen sogar noch deutlich an. So waren zum 30.06.2010 bereits knapp 2,19 Millionen Menschen und zum 30.06.2011 mehr als 2,23 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigt (2,2 Prozent).

Abbildung 7: Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Hessen in ausgewählten Wirtschaftszweigen, 2007–2011, jeweils 30. Juni, in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Auch in Hessen zeigt sich die Struktur der Wirtschaftskrise in der sektoralen Verteilung der Beschäftigungsgewinne beziehungsweise –verluste (Abbildung 7). Das Produzierende Gewerbe (-2,1 Prozent) bzw. das Verarbeitende Gewerbe (-2,3 Prozent) verzeichneten deutliche Beschäftigungsrückgänge. Auch in Hessen hat der Wirtschaftszweig Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften die weitaus größten Beschäftigungseinbußen hinnehmen müssen: Dem massiven Beschäftigtenrückgang von 26,9 Prozent im Zeitraum Juni 2008 bis Juni 2009 folgte allerdings ein fast ebenso steiler Anstieg um 24,9 Prozent bis Juni 2010 mit anhaltend steigender Tendenz im betrachteten Zeitraum. Im Dienstleistungssektor stieg die Beschäftigung von Juni 2008 bis Juni 2009 mit 0,6 Prozent trotz Krise leicht an. Bemerkenswert positiv hat sich die Branche der „öffentlichen und privaten Dienstleister“ im besagten Zeitraum entwickelt (+4,4 Prozent) entwickelt. In der in Hessen stark vertretenen Branche „Erbringung von Finanzdienstleistungen“ hat sich die Krise erst im Jahr 2010 bemerkbar gemacht: Hier stieg die Beschäftigtenzahl von Juni 2008 bis Juni 2009 zuerst um 0,5 Prozent an und sank dann später bis zum Juni 2010 um 2,0 Prozent.

5 Entwicklung des Arbeitsmarktes in ausgewählten hessischen Regionen

Wir konzentrieren uns in der folgenden Analyse auf einige ausgewählte hessische Kreise und diskutieren deren Arbeitsmarktentwicklung. Im Mittelpunkt der folgenden Analyse stehen Frankfurt, Main-Kinzig, Lahn-Dill, Gießen, Kassel und Fulda. Damit werden aus jedem der drei hessischen Regierungsbezirke zwei Kreise näher beleuchtet. Zudem stehen die ausgewählten Kreise exemplarisch für die heterogene hessische Wirtschaftsstruktur. So gilt z. B. Frankfurt als das Finanz- und Dienstleistungszentrum, während der Lahn-Dill-Kreis den

höchsten Anteil des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen beheimatet. Auch der Landkreis Kassel und der Main-Kinzig-Kreis haben eine hohe Industriedichte. Die Landkreise Fulda und Gießen haben dagegen eher eine heterogene Wirtschaftsstruktur und zeichnen sich durch einen Mix aus Produktion, Handel, Handwerk, Industrie und Dienstleistung aus.

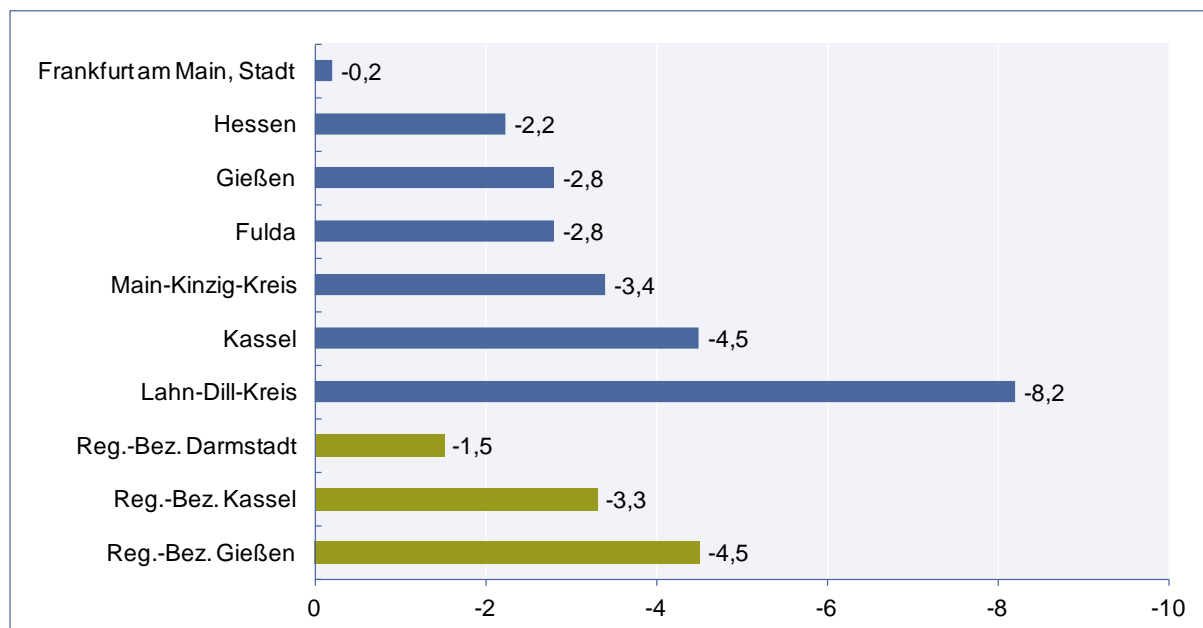
Wie in Kapitel 3 gezeigt wurde, haben in Deutschland insbesondere die strukturstarken Regionen unter der Krise gelitten. Dagegen waren diejenigen Regionen, die vor der Krise bereits eine hohe Arbeitslosigkeit aufwiesen, von der Krise weniger stark betroffen. Die Wirtschaftskrise hat deutschlandweit insbesondere exportorientierte Firmen getroffen, die häufig in den prosperierenden Regionen Deutschlands, wie etwa einige Regionen in Süddeutschland, angesiedelt sind. Wir untersuchen, ob in Hessen ähnliche Muster beobachtet werden können.

Abbildung 8 zeigt, dass die Wirtschaftskrise in allen hessischen Regierungsbezirken, sowie in den sechs ausgewählten hessischen Kreisen zu einer (deutlichen) Reduzierung des nominalen BIP geführt hat. Betrachtet man die Regierungsbezirke, so wird deutlich, dass der Regierungsbezirk Gießen einen Rückgang des nominalen BIP um 4,5 Prozent verkräften musste, während sich das BIP im Regierungsbezirk Kassel um 3,3 Prozent und im Regierungsbezirk Darmstadt nur um 1,5 Prozent reduzierte. Im Regierungsbezirk Kassel war der Rückgang des BIP damit doppelt so hoch, in Gießen dreimal so hoch wie im Regierungsbezirk Darmstadt.¹²

Der Grund dafür könnte in der Wirtschaftsstruktur der beiden Regierungsbezirke liegen. So ist der Regierungsbezirk Darmstadt das Wissenschafts-, Finanz- und Dienstleistungszentrum in Hessen, während die Wirtschaftsstruktur im Regierungsbezirk Kassel maßgeblich durch das Verarbeitende Gewerbe und eine hohe Industriedichte geprägt ist. Die Erkenntnis, dass Regionen mit einem hohen Anteil Verarbeitenden Gewerbes besonders von der Krise betroffen waren, spiegelt sich auch auf Kreisebene wider. Während das Finanz- und Dienstleistungszentrum Frankfurt am Main nur einen geringen wirtschaftlichen Rückgang zu verzeichnen hatte (BIP -0,2 Prozent), litten Kreise mit einer hohen Industriedichte, wie z. B. der Lahn-Dill-Kreis (BIP -8,2 Prozent), Kassel (BIP -4,5 Prozent) oder der Main-Kinzig-Kreis (-3,4 Prozent) unter deutlichen wirtschaftlichen Rückgängen. In den Landkreisen Fulda und Gießen mit ihrer eher heterogenen Wirtschaftsstruktur war der Rückgang des BIP mit jeweils 2,8 Prozent etwas moderater.

¹² Es ist zu berücksichtigen, dass im Wege der letzten Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Zahlen für Hessen deutlich angepasst werden mussten und dass für kleinräumigere Aggregate als die Länder derzeit noch keine revidierten Zahlen vorliegen (vgl. HSL 2012). Es ist mit deutlichen Veränderungen bei den hier angegebenen Werten zu rechnen.

Abbildung 8: Veränderung des nominalen Bruttoinlandsprodukts in den hessischen Regierungsbezirken und in ausgewählten hessischen Kreisen, 2009 gegenüber 2008, in Prozent



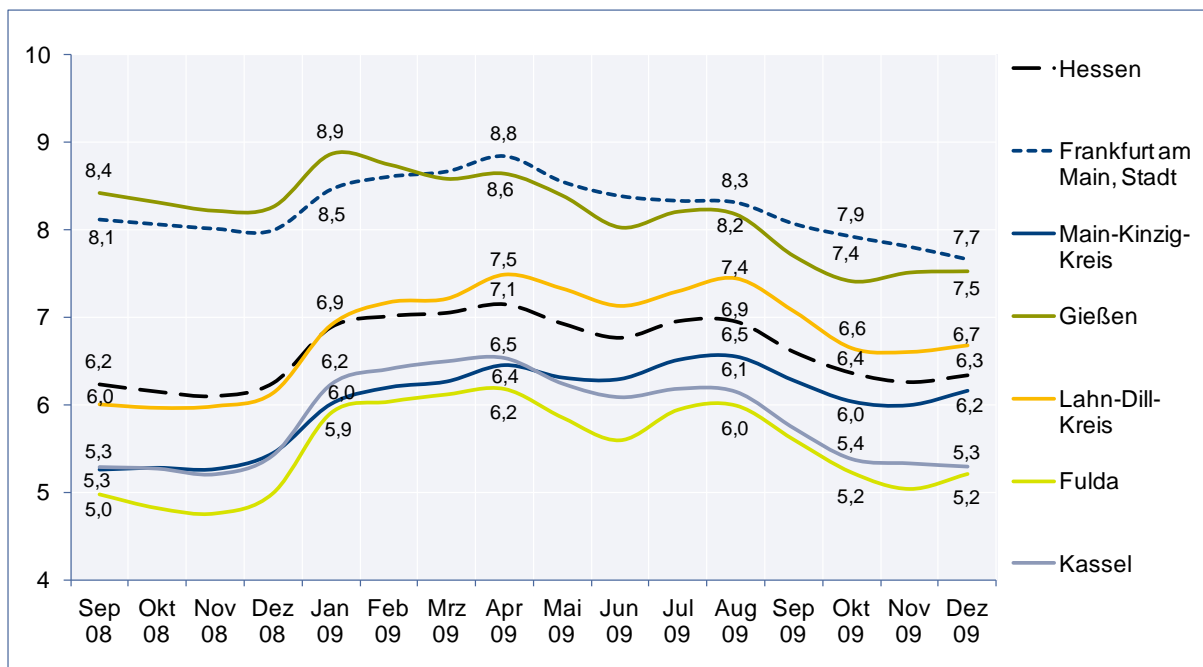
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt.

Die regionalen Unterschiede in der Arbeitsmarktentwicklung

Die zum Teil sehr unterschiedlichen BIP-Rückgänge auf Kreisebene spiegeln sich auch in der Entwicklung der Arbeitslosenquote wider. Abbildung 9 zeigt die Veränderung der Arbeitslosenquoten in Hessen und in den ausgewählten hessischen Kreisen zwischen September 2008 und Dezember 2009. Es zeigt sich, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise auf dem hessischen Arbeitsmarkt spätestens im Dezember 2008 angekommen ist. Zwischen Dezember 2008 und April 2009 stieg die Arbeitslosenquote in Hessen insgesamt, sowie auch in den ausgewählten hessischen Kreisen an. Angesichts des in einigen Kreisen sehr starken Einbruchs des BIP fiel der Anstieg der Arbeitslosenquote aber insgesamt relativ moderat aus (vgl. Abbildung 9). So ist z. B. im Lahn-Dill-Kreis die Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 zwar um 8,2 Prozent eingebrochen, die Arbeitslosenquote hat sich hingegen zwischen Januar 2009 und Juni 2009 lediglich von etwa sechs Prozent um 1,5 Prozentpunkte auf 7,5 Prozent erhöht. Im weiteren Verlauf des Jahres 2009 reduzierte sich die Arbeitslosenquote wieder auf 6,7 Prozent.

In den Kreisen Frankfurt am Main und Gießen lag die Arbeitslosenquote am Ende des Jahres 2009 sogar bereits wieder unterhalb der im September 2008 erreichten Arbeitslosenquote beziehungsweise des Vorkrisenniveaus. In der kreisfreien Stadt Frankfurt hat dazu insbesondere der Dienstleistungssektor beigetragen, wozu auch der Bankensektor zählt. Dieser konnte die Arbeitsplatzverluste in anderen Wirtschaftssektoren weitestgehend kompensieren (vgl. Abbildung 9). Der krisenhafte Bankensektor selbst zeichnete sich dabei durch eine etwa ausgeglichene Beschäftigungsentwicklung aus.

Abbildung 9: Entwicklung der Arbeitslosenquoten in Hessen und in ausgewählten hessischen Kreisen, 09/2008–12/2009, in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

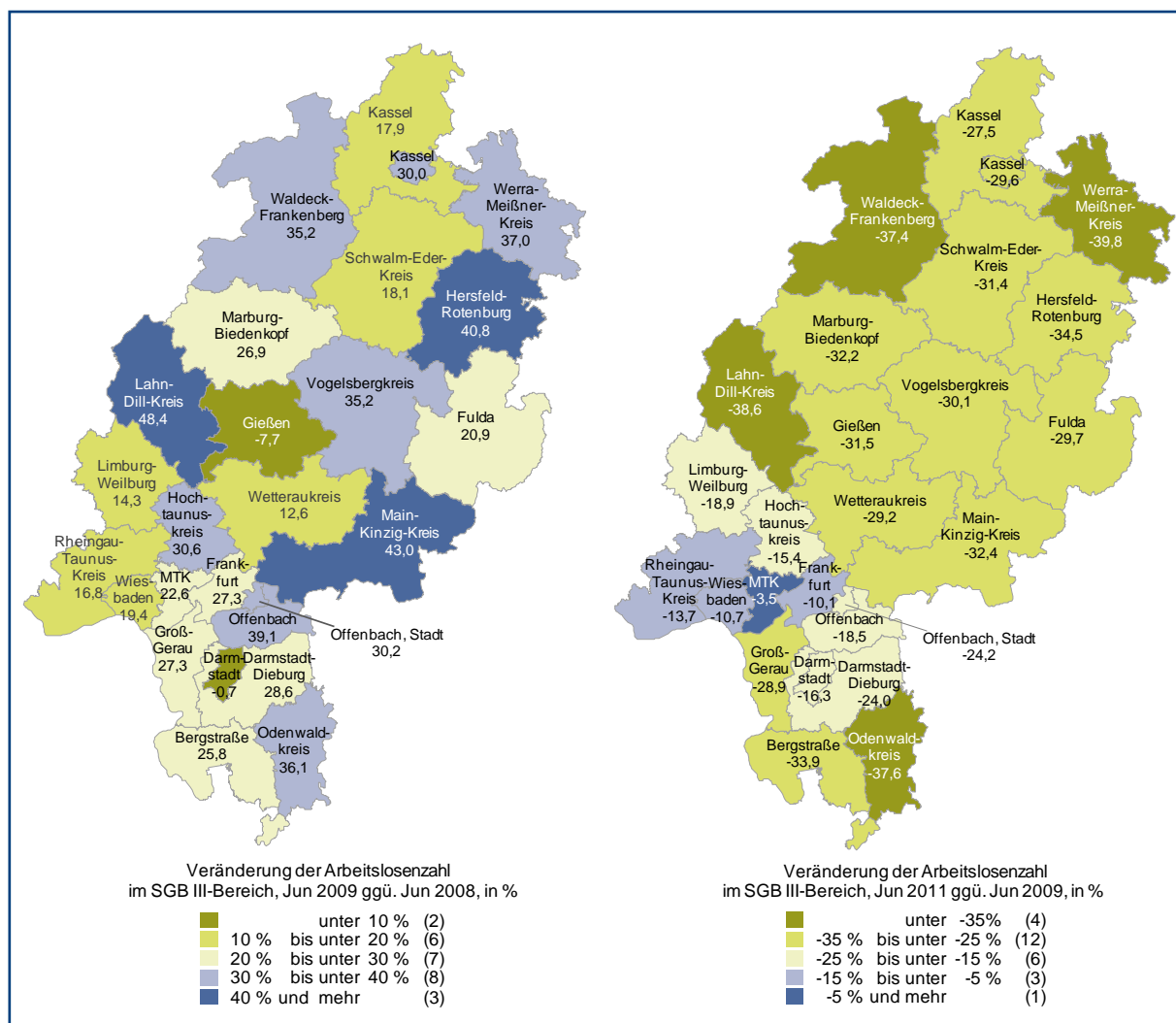
Betrachtet man die Entwicklung im Rechtskreis SGB III, so wird deutlich, dass sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit während der Krise wie erwartet insbesondere auf diesen Bereich konzentriert. Außer in Gießen und Darmstadt stieg die Zahl der Arbeitslosen in allen hessischen Kreisen im Rechtskreis SGB III im Juni 2009 gegenüber Juni 2008 um mindestens zehn Prozent an. Besonders stark fiel die Veränderung der Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III im Lahn-Dill-Kreis aus. Dort ist die Zahl der Arbeitslosen im betrachteten Zeitraum um nahezu 50 Prozent angestiegen. Ein ähnliches Bild zeigt sich im Main-Kinzig-Kreis. Dort hat sich der Arbeitslosenbestand im Rechtskreis SGB III um insgesamt 43,0 Prozent erhöht. Etwas gemäßiger, aber immer noch deutlich verlief der Anstieg in Kassel (+17,9 Prozent), in Fulda (+20,9 Prozent) und in Frankfurt (+27,3 Prozent). Äußerst überraschend war die Entwicklung in Gießen. Dort reduzierte sich der Arbeitslosenbestand im Rechtskreis SGB III trotz einer Reduktion des BIP um 2,8 Prozent um insgesamt 7,7 Prozent (vgl. Karte 3). Der Arbeitsmarkt in Gießen ist stärker den öffentlichen Sektor sowie Gesundheitssektor geprägt, weniger durch den gewerblichen.

Als erstes Zwischenergebnis ist festzuhalten, dass in Hessen dieselbe Betroffenheitsstruktur wie in Deutschland vorherrscht: Besonders betroffen sind diejenigen Kreise, die einen hohen Anteil des Verarbeitenden Gewerbe an ihrer Wirtschaftsstruktur aufweisen, während der Anstieg des Arbeitslosenbestandes im Rechtskreis SGB III in Kreisen mit einer deutlichen Dienstleistungsorientierung oder einer heterogenen Wirtschaftsstruktur, geringer ausfällt.

Ein fast umgekehrtes Muster findet sich im Betrachtungszeitraum Juni 2009 versus Juni 2011. Die höchsten Rückgänge verzeichnen jene Kreise, welche im Zeitraum Juni 2008 bis Juni 2009 die höchsten Zugänge hatten. Der Lahn-Dill-Kreis verzeichnet mit dem Werra-Meißner-Kreis den stärksten Abbau (-38,6 Prozent beziehungsweise -39,8 Prozent) in

Hessen. Etwas weniger ausgeprägt erfolgte der Rückgang in den Kreisen Main-Kinzig (-32,4 Prozent), Fulda (-29,7 Prozent) und Kassel (-27,9 Prozent). Den schwächsten Rückgang verbuchte Frankfurt mit -10,1 Prozent. Die außergewöhnliche Entwicklung (Abbau in der Krise) konnte in Gießen erfolgreich fortgesetzt werden – erneut sank hier die Arbeitslosigkeit überproportional im hessischen Vergleich (-31,5 Prozent).

Karte 3: Veränderung des Arbeitslosenbestands im Rechtskreis SGB III in den hessischen Kreisen, 06/2009 gegenüber 06/2008 und 06/2011 gegenüber 06/2009, in Prozent

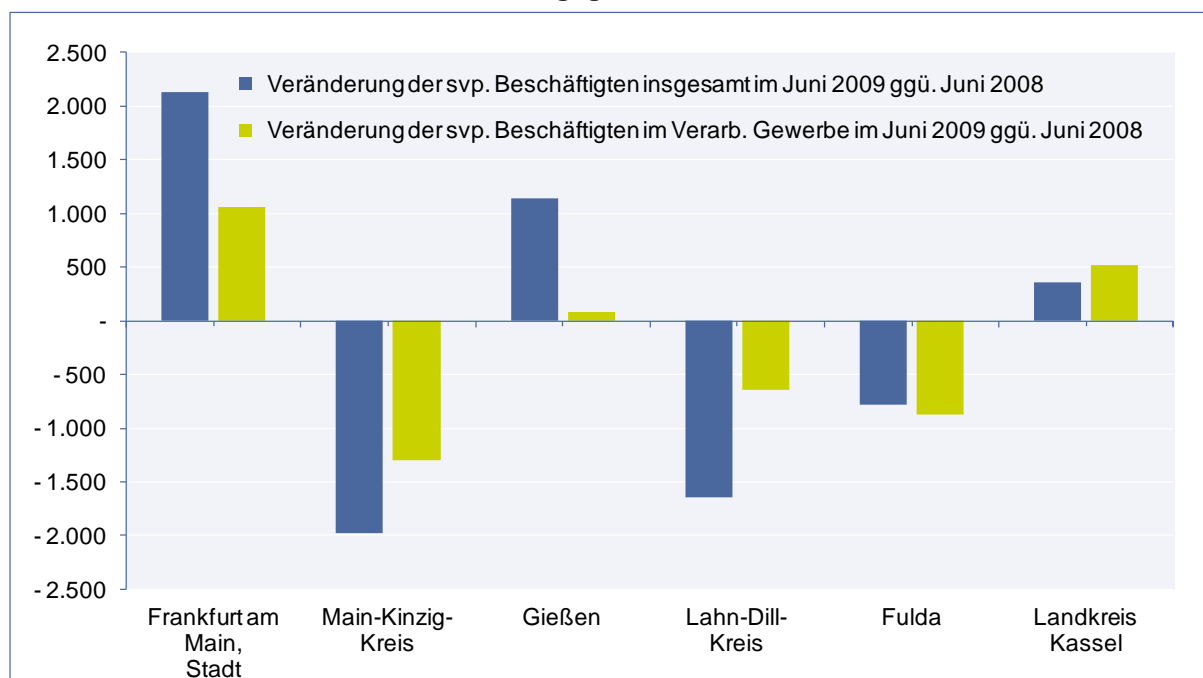


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Betrachtet man die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in den für diesen Bericht ausgewählten hessischen Kreisen, so zeigt sich ebenfalls eine heterogene Entwicklung. Abbildung 10 zeigt die Veränderung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den ausgewählten Kreisen im Juni 2009 gegenüber Juni 2008 insgesamt und im Verarbeitenden Gewerbe. Während die Beschäftigtenzahlen im Main-Kinzig-Kreis (ca. -2.000 Beschäftigte; -1,8 Prozent), im Lahn-Dill-Kreis (etwa -1.500 Beschäftigte; -2,0 Prozent) und im Kreis Fulda (ca. -750 Beschäftigte; -1,0 Prozent) rückläufig waren, stieg die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Frankfurt am Main (ca. +2.100

Beschäftigte; +0,4 Prozent), in Gießen (etwa +1.200; +1,4 Prozent) und in Kassel (ca. +400; +0,6 Prozent) sogar an.

Abbildung 10: Veränderung der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt und im Verarbeitenden Gewerbe am Arbeitsplatz in ausgewählten hessischen Kreisen, 06/2009 gegenüber 06/2008

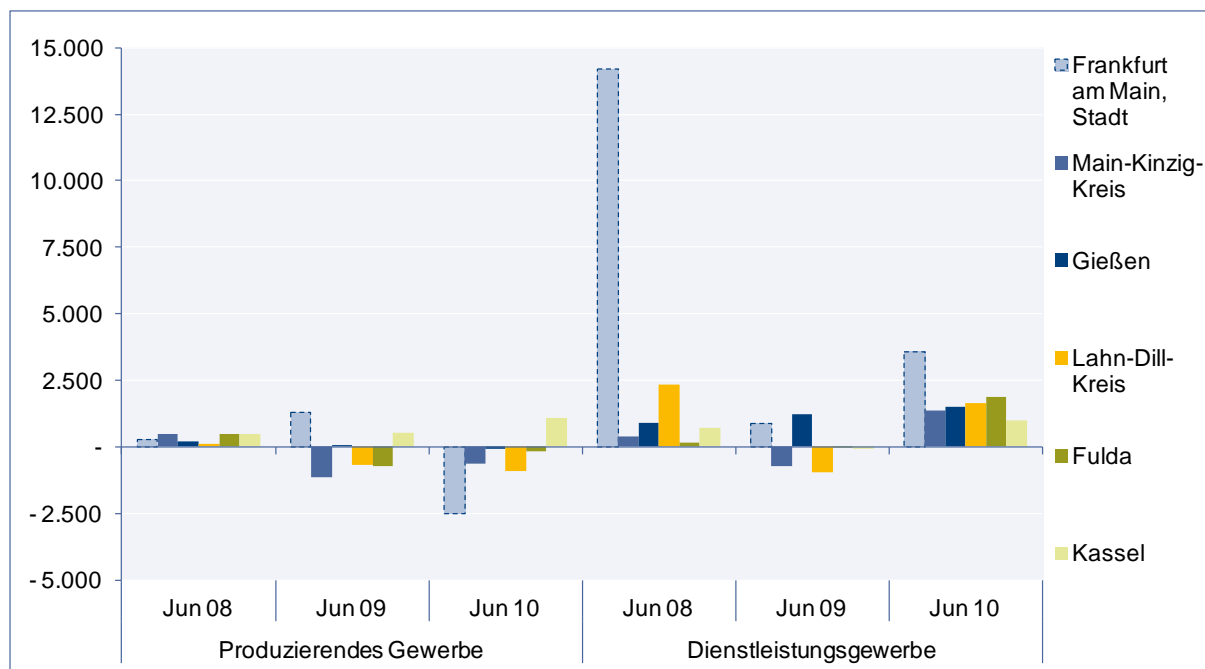


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Frankfurt ist sowohl auf den Aufbau von Beschäftigung im Dienstleistungssektor als auch im Verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen. So hat sich die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dienstleistungssektor in Frankfurt im Juni 2009 gegenüber dem Juni 2008 um knapp 800 Beschäftigte erhöht und im Verarbeitenden Gewerbe sogar um über 1.000 Beschäftigte (+3,2 Prozent). In Gießen ist der Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hingegen fast ausschließlich auf den Anstieg der Beschäftigung im Dienstleistungssektor zurückzuführen. Hier belief sich der Anstieg auf ca. 1.200 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Ein anderes Bild zeigt hingegen im Kreis Kassel. Dort ist der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe (ca. +500 Beschäftigte im Juni 2009 gegenüber dem Juni 2008; +2,1 Prozent) in erster Linie verantwortlich für den leichten Anstieg der Gesamtbeschäftigung in diesem Kreis. Im Main-Kinzig-Kreis, im Lahn-Dill-Kreis und in Fulda ist der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erwartungsgemäß auf einen deutlichen Rückgang der Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe insgesamt und im Verarbeitenden Gewerbe insbesondere zurückzuführen (vgl. Abbildung 10 und Abbildung 11). Bemerkenswert ist aber, dass im Lahn-Dill-Kreis die Beschäftigung im Dienstleistungssektor sogar noch etwas stärker zurückgegangen ist als im Produzierenden Gewerbe. Ein Grund für den milden Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe könnte in der besonders starken Nutzung des Instrumentes der Kurzarbeit liegen, welches insbesondere dort in Anspruch genommen wurde. Ein Grund für den Rückgang im Dienstleistungssektor ist, dass vor der Krise im

Verarbeitenden Gewerbe viel – dem Dienstleistungssektor zugeordnete – Zeitarbeit eingesetzt wurde, die in der Krise als erstes abgebaut wurde, bevor die Stammebelegschaften reduziert wurden.

Abbildung 11: Veränderung der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort zum Vorjahreswert im Dienstleistungsgewerbe und im Produzierenden Gewerbe, 2010, 2009 und 2008, jeweils zum 30. Juni



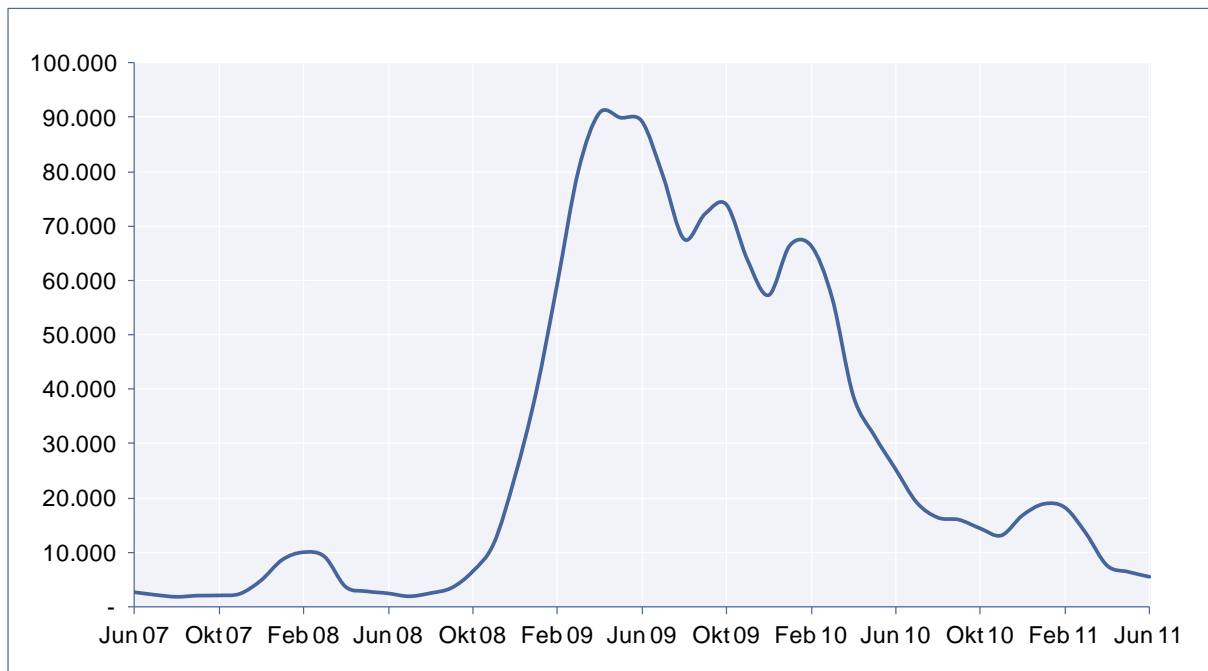
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Kurzarbeit

Der enorme Einbruch der Wirtschaftsleistung im Jahre 2009 führte auch in Hessen dazu, dass das Instrument der Kurzarbeit deutlich an Bedeutung gewann. Die Vergabe von Kurzarbeitergeld wurde attraktiver ausgestaltet, so dass die Kosten der Weiterbeschäftigung reduziert wurden. Die Anzahl der kurzarbeitenden Betriebe in Hessen stieg, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, innerhalb einer kurzen Periode rapide an: Während im September 2008 lediglich 284 Unternehmen in Hessen vom Instrument der Kurzarbeit Gebrauch machten, nutzten im Juni 2009 mehr als 4.000 Betriebe dieses Instrument.

Ebenso rasant nahm die Anzahl der Kurzarbeiter in Hessen zu. Waren im September 2008 lediglich etwa 3.500 Kurzarbeiter in Hessen registriert, betrug deren Zahl im Juni 2009 hessenweit rund 90.000 Arbeitnehmer. Der Anteil der Kurzarbeiter insgesamt betrug damit mehr als vier Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Abbildung 12: Entwicklung der Anzahl der Kurzarbeiter in Hessen; 06/2007–06/2011



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

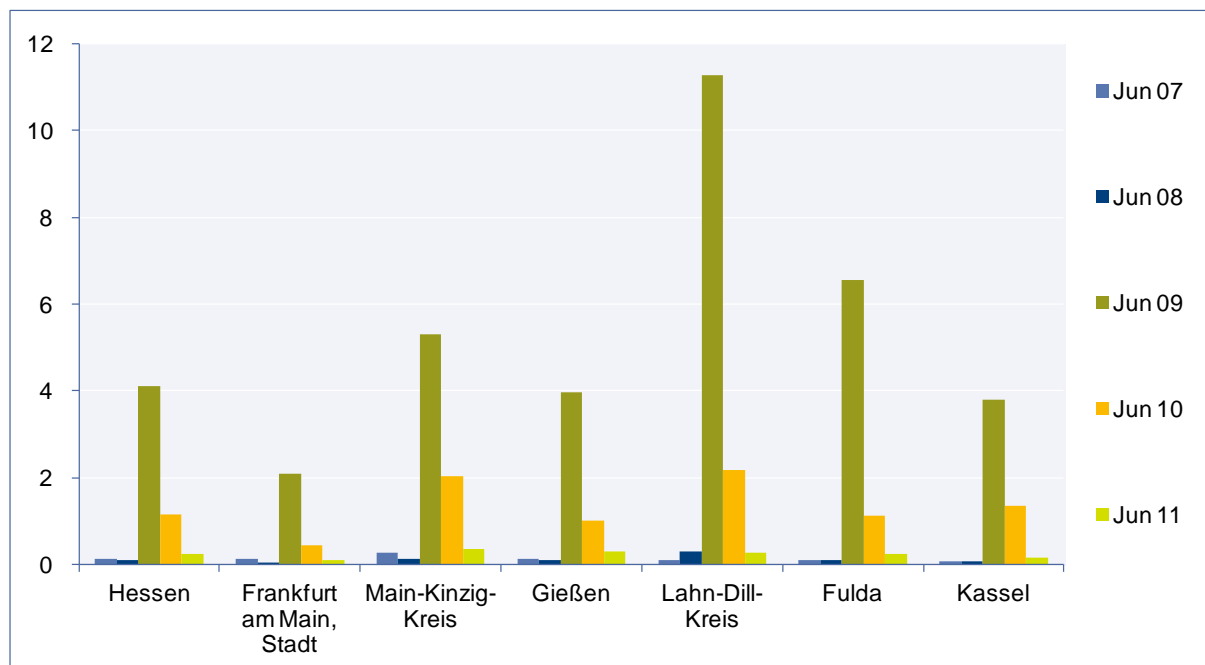
Ein sprunghafter Anstieg der Kurzarbeit zeigt sich auch in den hessischen Kreisen. Während der Anteil von Kurzarbeitern an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Kurzarbeiterquote) in den hier ausgewählten Kreisen im Jahr 2007 und 2008 deutlich unter einem Prozent lag, explodierte dieser Anteil förmlich im Krisenjahr 2009. Im Lahn-Dill-Kreis stieg der Anteil von Kurzarbeitern an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von weniger als 0,5 Prozent zum Ende des Jahres 2008 auf über elf Prozent im Juni 2009 an. Damit war jeder zehnte Arbeitnehmer im Lahn-Dill-Kreis im Jahr 2009 in Kurzarbeit. Ähnliche Entwicklungen, wenn auch auf niedrigerem Niveau, lassen sich in den anderen hessischen Kreisen beobachten. So stieg die Kurzarbeiterquote im Kreis Fulda von unter 0,5 Prozent im Jahr 2008 auf über sechs Prozent im Jahr 2009. Im Landkreis Kassel stieg sie von 0,2 Prozent auf fast sieben Prozent, in Gießen von weniger als 0,5 Prozent auf etwa vier Prozent, in Frankfurt am Main von weniger als 0,5 Prozent auf ca. zwei Prozent und im Main-Kinzig-Kreis von weniger als 0,5 Prozent auf nahezu sechs Prozent (vgl. Abbildung 13).

Die Verteilung der Kurzarbeit entspricht weitestgehend den Erwartungen, die man auch aufgrund der Wirtschaftsstruktur der einzelnen Kreise formuliert hätte. So verzeichnet Frankfurt ein niedriges Niveau an Kurzarbeitern, was insbesondere auf die starke Finanz- und Dienstleistungsorientierung in diesem Kreis zurückzuführen sein könnte. Der große Frankfurter Banken- und Versicherungssektor schien jedenfalls kaum Kurzarbeit in Anspruch zu nehmen.¹³ Ganz anderes verhält es sich z. B. im Lahn-Dill-Kreis. Dort wurde aufgrund

¹³ Die Kug-Quote (in Prozent) (Personen in Kurzarbeit bezogen auf den Bestand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zum Stichtag 30.06. des Vorjahres) für „Finanz- und Versicherungsleistungen“ in Frankfurt betrug im Jahr 2008 lediglich 0,06 Prozent und im Jahr 2009 lediglich 0,08 Prozent.

seines starken Verarbeitenden Gewerbes das Instrument der Kurzarbeit erwartungsgemäß sehr häufig in Anspruch genommen.

Abbildung 13: Anteil der Kurzarbeiter an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort in Hessen und in ausgewählten hessischen Kreisen, 2007–2011, jeweils 30. Juni, in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Im Jahr 2010 reduzierte sich der Anteil der Kurzarbeiter an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort in Hessen wieder deutlich. In allen für diesen Bericht ausgewählten Kreisen ging der Anteil der Kurzarbeiter an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mindestens um die Hälfte gegenüber dem Jahr 2009 zurück. Im Jahr 2011 war der Anteil der Kurzarbeiter an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den ausgewählten hessischen Kreisen wieder weitestgehend auf dem Vorkrisenniveau.

6 Wie kann man das hessische und deutsche ‘Arbeitsmarktwunder’ erklären?

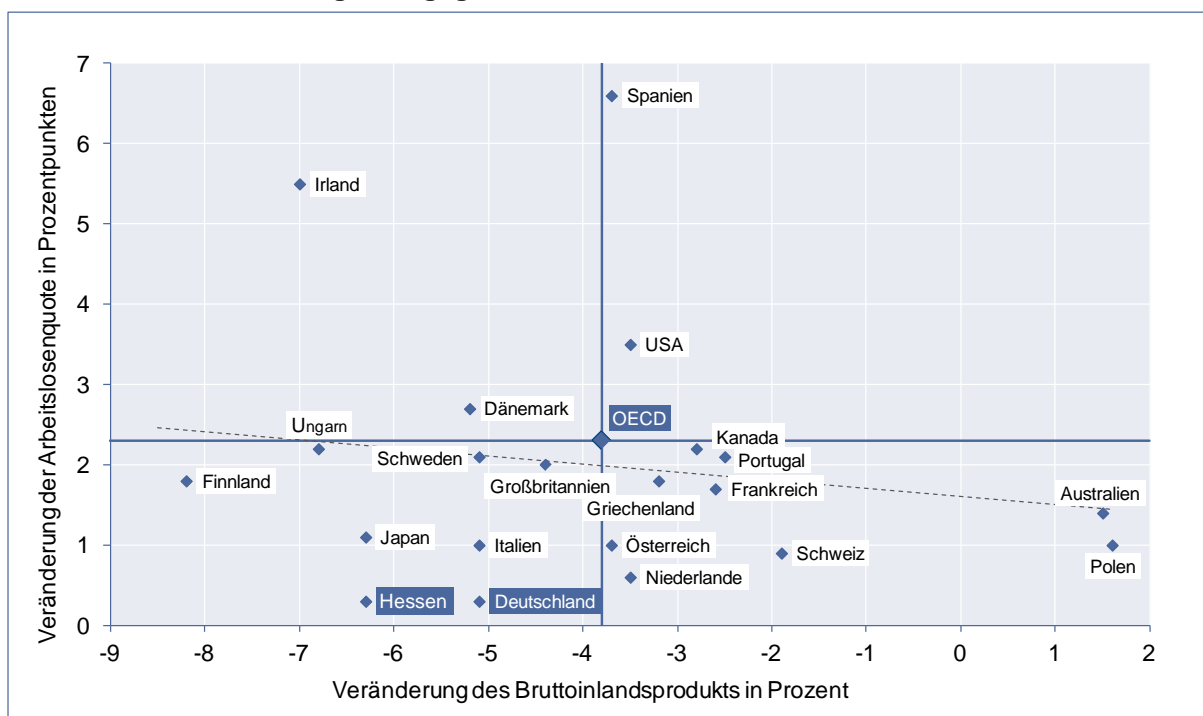
Warum hat sich der Arbeitsmarkt in Hessen und Deutschland trotz des stärksten Wirtschaftseinbruchs der Nachkriegszeit so robust und stabil entwickelt? Die lediglich geringfügige Erhöhung der Arbeitslosigkeit ist vor dem Hintergrund eines Rückganges des realen BIP um rund fünf Prozent erstaunlich.

Internationaler Vergleich

Um zu verstehen, warum die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt als „German Labor Market Miracle“ bezeichnet wird (etwa Krugman 2009; Möller 2010; Burda/Hunt 2011), ist auch ein internationaler Vergleich hilfreich. Abbildung 14 zeigt auf der Abszisse die Veränderung des realen BIP im Jahr 2009 gegenüber dem Jahr 2008 und auf der Ordinate die Veränderung der Arbeitslosenquote im selben Zeitraum für ausgewählte OECD Länder.

Wie die Grafik verdeutlicht, ist Deutschland im allgemeinen und Hessen im speziellen im Hinblick auf die Arbeitsmarktentwicklung besser als fast alle anderen OECD Länder durch die Krise gekommen und das obwohl Deutschland ebenso wie Hessen stärker als die meisten anderen OECD Länder vom wirtschaftlichen Einbruch durch die Krise betroffen waren. In allen OECD Ländern, in denen ein vergleichbarer oder sogar etwas schwächerer ökonomischer Einbruch stattgefunden hat, hat sich die Arbeitslosigkeit deutlich ungünstiger entwickelt. Dies wird an den folgenden Beispielen deutlich: So ist in Großbritannien, wo das BIP um mehr als vier Prozent eingebrochen ist, die Arbeitslosigkeit im Jahr 2009 gegenüber dem Jahr 2008 um zwei Prozentpunkte gestiegen. Die USA, dessen BIP im OECD Vergleich mit -3,5 Prozent eher gemäßigt zurückgegangen ist, hatte aber dennoch einen sehr deutlichen Anstieg ihrer Arbeitslosigkeit zu verzeichnen (+3,5 Prozentpunkte im Jahr 2009 gegenüber dem Jahr 2008).¹⁴ Die Regressionsgerade zeigt die durchschnittliche Veränderung der Arbeitslosigkeit bei der Veränderung des BIP um eine Einheit auf.

Abbildung 14: Entwicklung des realen BIP und der Arbeitslosenquote in OECD Ländern, Veränderung 2009 gegenüber 2008



Quelle: OECD Economic Outlook, Volume 2011/12; Labor Force Statistics (MEI), OECD; eigene Darstellung.

Dies deutet darauf hin, dass spezifisch deutsche Gründe vorliegen müssen, die erklären warum die Krise auf dem deutschen Arbeitsmarkt kaum Spuren hinterlassen hat. Im Folgenden werden wir dafür einige mögliche Gründe diskutieren. Aus unserer Sicht ist die

¹⁴ Die gute Performanz des deutschen Arbeitsmarktes kommt nicht durch die Wahl des Zeitraumes der Betrachtung zustande. Zumindest vermittelt die weitere Entwicklung bis 2011 insofern ein ähnliches Bild, als dass Deutschland bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit einzigartig ist. Jedoch ist die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in den Folgejahren durch einen schnellen Aufholprozess gekennzeichnet, wandert also in Abbildung 14 auch relativ zu den anderen Ländern nach rechts.

Debatte darüber jedoch noch nicht abgeschlossen (Möller 2010; Burda/Hunt 2011; Möller 2011; Gartner/Merkl 2011a).

Bei der Diskussion der Ursachen unterscheiden wir unterschiedliche Argumente: Der erste Argumentationsstrang hat mit der Krise und ihrer Spezifika, also mit der Anatomie der Wirtschaftskrise, zu tun. Der zweite Argumentationsstrang hat hingegen mit den spezifischen (institutionellen) Ausgangsbedingungen in Hessen und Deutschland zu tun. Wir beginnen mit Argumenten, die sich auf die Krise und ihre Spezifika beziehen. Schließlich diskutieren wir abschließend noch einige Argumente, die sich weder bei den besonderen Spezifika der Krise noch bei den besonderen institutionellen Ausgangsbedingungen in Deutschland verorten lassen

Die Anatomie der deutschen Wirtschaftskrise

Die Krise traf die deutsche und hessische Wirtschaft in einer Position der Stärke. Am Vorabend der Krise im Jahre 2007 ging es der deutschen und hessischen Volkswirtschaft gut. Das reale BIP in Deutschland wuchs 2007 um 3,3 Prozent (Hessen: 2,1 Prozent). Auf den Weltmärkten erfreuten sich deutsche Produkte, wie z. B. Maschinen und Anlagen, Autos oder hochwertige Konsumgüter einer konstant hohen Nachfrage (Möller 2011). Deutsche Firmen, insbesondere aus dem exportorientierten Verarbeitenden Gewerbe waren sehr wettbewerbsfähig, was daran liegen mag, dass die deutsche Industrie traditionell stark und wettbewerbsfähig ist, daran dass die Nachfrage nach deutschen Produkten in den aufstrebenden asiatischen Ländern stark angestiegen ist, oder auch daran dass in Deutschland seit 2001 eine vergleichsweise moderate Lohnentwicklung zu beobachten war (Burda/Hunt 2011; Gartner/Merkl 2011a/ Möller 2010).¹⁵ Die moderate Lohnentwicklung könnte Möller (2010) zu Folge dazu geführt haben, dass für deutsche Unternehmen seit dem Beginn des neuen Jahrtausends die Lohnstückkosten im Vergleich zu vielen europäischen Wettbewerbern deutlich geringer angestiegen sind. Die (nominale) Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe wuchs allein zwischen 2005 und 2007 um knapp 15 Prozent, während die Gesamtheit der restlichen Wirtschaftszweige nur rund halb so stark wuchs. Die expandierenden Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes konnten in dieser Zeit Arbeitszeitpolster und finanzielle Reserven aufbauen, da der (nominale) Lohnanstieg (2005–2007: knapp sechs Prozent) deutlich unterhalb des Anstieges der Bruttowertschöpfung blieb. Von diesen Reserven zehrten während der Krise viele Firmen und konnten auf diesem Weg ihre Beschäftigten zum Großteil halten.¹⁶

Die Krise traf aber gerade eben jene Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, denen es besonders gut ging und die am Vorabend der Krise hohe Gewinne und eine positive Geschäftsentwicklung verzeichneten. Gerade in diesen Betrieben, darunter insbesondere in der Metallverarbeitung, dem Maschinenbau und der Chemischen Industrie, brach die

¹⁵ Während die (nominale) Bruttowertschöpfung in Deutschland zwischen 2001 und 2008 um rund 17 Prozent zulegte, stiegen die Bruttolöhne und Gehälter in derselben Zeit nur um etwas über neun Prozent. Die Gründe dieser moderaten Lohnentwicklung diskutieren wir weiter unten.

¹⁶ Das ist in der Tat ein Liquiditätsargument. In der Krise ist es durchaus denkbar, dass es schwieriger gewesen wäre an Kredite zu kommen. Also hat die reine Verfügbarkeit von Liquidität möglicherweise das Halten (und Finanzieren) der Arbeitskräfte erlaubt.

Nachfrage stark ein, wodurch die Wertschöpfung in diesem Wirtschaftssektor vom zweiten Quartal 2008 bis zum zweiten Quartal 2009 um ca. 21 Prozent schrumpfte (Gartner/Klinger 2010). Dort spielt der Einsatz von qualifiziertem Personal eine wichtige Rolle, so dass die Such- beziehungsweise Wiederbesetzungskosten¹⁷ im Falle einer Entlassung hoch gewesen wären (Möller 2010). Das kann ein Grund für das Halten von Arbeitskräften sein.

Die Dienstleistungsbranche in Deutschland und Hessen war von der Krise hingegen kaum betroffen, so dass unter anderem im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich und der Gastronomie Beschäftigung sogar aufgebaut wurde und die Arbeitsplatzverluste in den exportabhängigen Wirtschaftszweigen zum Teil kompensiert werden konnten (Fuchs et al. 2010b: 2).

Im Hinblick auf die hessischen Kreise waren jene Regionen betroffen, die einen hohen Anteil am Verarbeitenden Gewerbe aufwiesen (Lahn-Dill, Main-Kinzig, Fulda). Der starken Reduktion des Bruttoinlandproduktes folgte in diesen Kreisen ein abgemilderter Rückgang der Beschäftigung, während es in Kreisen mit einer stärkeren Dienstleistungsorientierung sogar zu Beschäftigungsaufbau kam. Allerdings traf es bei den hessischen Kreisen mit einem starken Beschäftigungsrückgang nicht komplett jene Regionen, die sich in einer Position der Stärke befanden. Das Wachstum im Main-Kinzig-Kreis war schon im Jahr 2007 deutlich abgeschwächt, während es im Lahn-Dill-Kreis und Kreis Kassel noch überdurchschnittlich war.

Ein weiteres wichtiges Spezifikum der Krise ist ihre kurze Dauer.¹⁸ Die kurze Dauer ist wesentlich dafür mitverantwortlich, dass die Strategie des „labour hoarding“, also des Hortens von Arbeitskräften, durchgehalten wurde und nicht Pläne für den Personalabbau entwickelt wurden, und dass Firmen es sich leisten konnten eine hohe Beschäftigung aufrecht zu erhalten und für begrenzte Zeit Verluste zu machen.

Die kurze Dauer der Krise, also die schnelle wirtschaftliche Erholung nach dem Einbruch wurde auch durch die schnelle Erholung des Welthandels nach dem Krisenjahr 2009 mit verursacht. Auch dies ist ein wichtiger Baustein zur Erklärung der aktuell positiven Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Allerdings hätte das wirtschaftliche Wachstum, wie von einigen Autoren befürchtet, auch „jobless“ erfolgen können (Fuchs et al. 2010a).

Weniger mit der Natur der Krise als vielmehr mit der besonderen Ausgangssituation am deutschen Arbeitsmarkt zu Beginn der Krise begründen Burda und Hunt (2011) die besondere Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt. Sie betonen die besondere Rolle der Erwartungen der Unternehmen vor der Krise. Deutschland erlebte in den Jahren vor der Krise, insbesondere zwischen 2005 und 2008 einen starken wirtschaftlichen Aufschwung, der sich jedoch auf dem deutschen Arbeitsmarkt nur sehr begrenzt niederschlug.¹⁹ So wurden trotz eines rasant wachsenden BIP nur vergleichsweise wenig neue Arbeitnehmer

¹⁷ Man denke hierbei etwa auch an die Diskussion um einen etwaigen Fachkräftemangel.

¹⁸ Rückgänge zum Vorquartal waren ab dem zweiten Quartal 2008 lediglich in vier Quartalen zu verzeichnen. Bereits im zweiten Quartal 2009 waren wieder leichte Zuwächse zu verzeichnen.

¹⁹ Dahingegen bezeichnen Gartner und Klinger (2010) den Aufschwung vor der Krise als beschäftigungsfreundlich.

eingestellt. Ähnlich wie nach der deutschen Wiedervereinigung agierten die deutschen Unternehmen zurückhaltend. Das Misstrauen der Unternehmen gegenüber dem damaligen Wirtschaftsaufschwung führte dazu, dass neue Mitarbeiter nur sehr zögerlich eingestellt wurden. Die Vorsicht im Vorfeld der gegenwärtigen Krise geht auf eine Reihe von Unsicherheiten zurück, mit denen sich die Unternehmen zu diesem Zeitpunkt konfrontiert sahen. Dies waren insbesondere Unsicherheiten bezüglich der (Wirkungen der) Hartz-Arbeitsmarktreformen, des Nachfrageverhaltens im Hinblick auf die fortschreitende Integration Osteuropas, sowie der Entwicklung der Weltwirtschaft nach dem Dotcom-Crash zu Beginn des neuen Jahrhunderts (Burda/Hunt 2011; Burda 2011).

Der sehr verhaltene Beschäftigungsaufbau in den Jahren vor der Finanz- und Wirtschaftskrise begründet ihnen zufolge ca. 40 Prozent der fehlenden Entlassungen während der Krise. Dieses Urteil stützen die beiden Ökonomen auf Vergleichsanalysen, in denen sie quantifizieren, wie stark die Beschäftigung in den Aufschwungsjahren normalerweise gestiegen und anschließend gefallen wäre, wenn sich alles nach dem üblichen Muster entwickelt hätte. Aufgrund der Erwartungen der Unternehmen war dies aber nicht der Fall. So trauten die Unternehmen in den Jahren vor der Krise dem Aufschwung nicht und während der Krise den damals grassierenden Negativszenarien nicht.

Die deutschen Arbeitsmarktinstitutionen

Der geringfügige Anstieg der Arbeitslosigkeit im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise in Deutschland wird auch mit der Flexibilität der Arbeitsorganisation, sowie der intensiven Nutzung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentes der Kurzarbeit begründet. Möller (2011) hebt die Bedeutung der innerbetrieblichen Flexibilität der geleisteten (Arbeits-) Stunden als maßgeblichen Faktor für die Verhinderung eines größeren Personalabbaus hervor. Der Ausbau der zumeist tarifvertraglich vereinbarten flexiblen Arbeitszeitregelungen, wie z. B. Arbeitszeitkonten, haben dazu beigetragen, dass mit Hilfe der Reduktion von Arbeitsstunden ein Teil des BIP-Rückgangs aufgefangen und Arbeitsplätze gesichert werden konnten. Viele Unternehmen waren auf dem Höhepunkt der Krise mit massiven Auftragseinbrüchen konfrontiert, so dass sie relativ zum Auftragsvolumen einen (zu) hohen Personalbestand hatten. Sie standen mithin vor der Entscheidung entweder Entlassungen vorzunehmen oder Flexibilitätspuffer zu nutzen und Kurzarbeit und damit Kündigungen von Mitarbeitern zu verhindern (Werner 2011).

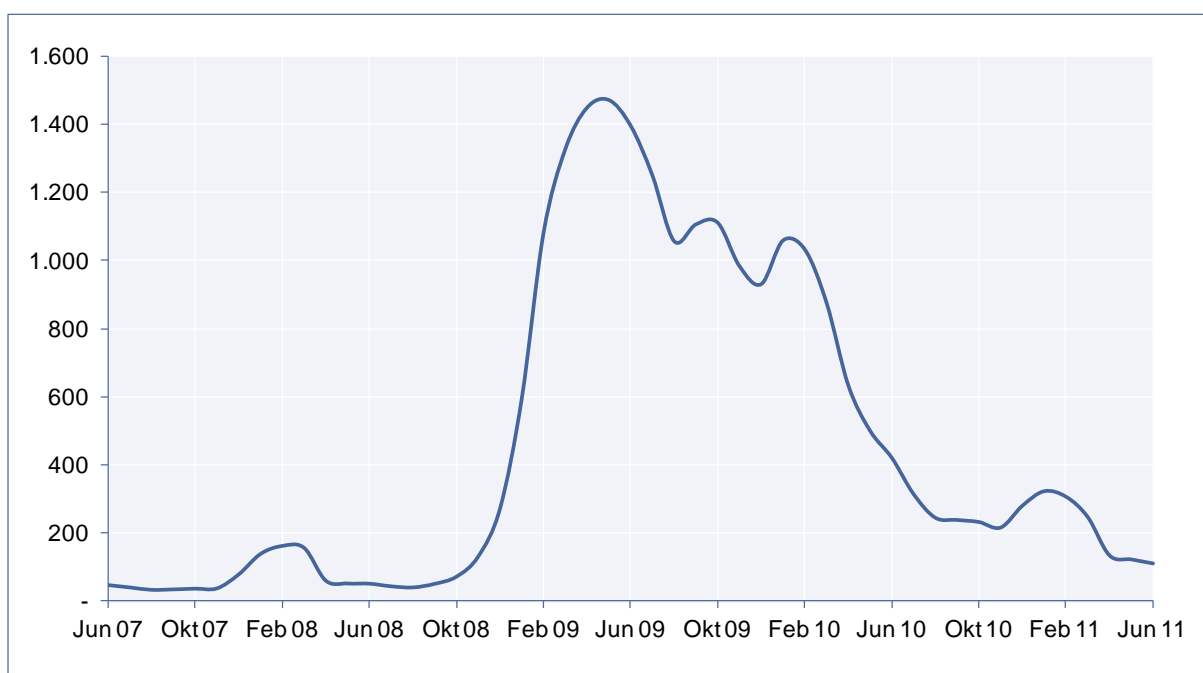
Das zentrale Ziel von Kurzarbeit ist der Erhalt von Arbeitsplätzen durch eine vorübergehende finanzielle Entlastung des Unternehmens bei vorübergehend schwacher Auftragslage. Anstatt Mitarbeiter zu entlassen, ermöglicht das Instrument Arbeitszeitverkürzungen mit finanzieller Hilfe und verhindert somit Entlassungen. Das Instrument der Kurzarbeit dient somit der Bekämpfung der konjunkturellen Arbeitslosigkeit (ebd.).

Sowohl für den Arbeitnehmer als auch für den Arbeitgeber hat dieses Instrument entscheidende Vorteile. Der Vorteil für den Arbeitnehmer ist in erster Linie der Erhalt seines Arbeitsplatzes in vorübergehend schwierigen ökonomischen Phasen. Demgegenüber steht für den Arbeitnehmer der Nachteil eines geringeren Einkommens. Allerdings existierte eine Vielzahl von tariflichen Regelungen, die die Einkommenseinbußen für die Arbeitnehmer während der Kurzarbeit abfedern (ebd.).

Für die Arbeitgeber ist das Instrument der Kurzarbeit insbesondere deshalb vorteilhaft, weil er damit betriebsspezifisches Humankapital sichert und einen öffentlichen Reputationsverlust vermeidet (ebd.). Durch die Inanspruchnahme von Kurzarbeit hat der Arbeitgeber somit die Möglichkeit die Abwanderung von betriebsspezifischem Wissen zu verhindern. So haben viele Unternehmen es offenbar als vorteilhaft erachtet die Kosten für das Halten der Arbeitskräfte zu tragen (die sog. Remanenzkosten²⁰), anstatt sich gegebenenfalls später Such-, Einstellungs- und Anlernkosten gegenüber zu sehen. Das Kurzarbeitergeld senkt die Kosten des Hortens und macht das Horten relativ günstiger als das Entlassen verbunden mit den späteren Such-, Einstellungs- und Anlernkosten. Dazu, dass Unternehmen das Halten ihrer Arbeitskräfte häufig als vorteilhaft erachtet haben, hat möglicherweise auch die öffentliche Debatte um den sich abzeichnenden Fachkräftemangel beigetragen.

Dass in Deutschland die Kurzarbeit ein wichtiges Instrument zur Sicherung der Beschäftigung war, zeigt auch die Empirie. Spielte die Kurzarbeit im Vorfeld der Krise zahlenmäßig eine untergeordnete Rolle, so erhöhte sich die Inanspruchnahme dieses arbeitsmarktpolitischen Instrumentes mit Beginn der Krise Ende des Jahres 2008. Abbildung 15 zeigt die Zahl der Kurzarbeiter zwischen Juni 2007 und Juni 2011.²¹

Abbildung 15: Entwicklung der Anzahl der Kurzarbeiter in Deutschland, 06/2007–06/2011, in Tausend



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Von Herbst 2008 bis zum Sommer 2009 ist die Anzahl der Kurzarbeiter in Deutschland rasant gestiegen: von knapp 40.000 im September 2008 auf mehr als 1,4 Millionen im Juni 2009. Bezogen auf alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren damit im Juli 2009

²⁰ Für eine Abschätzung der Größenordnung der Remanenzkosten siehe Bach/Spitznagel 2009.

²¹ Das Instrument der Kurzarbeit verursachte hohe Kosten. Aussagen über die Effizienz dieses Instruments sind im Rahmen dieses Papiers nicht möglich.

insgesamt 5,2 Prozent der Beschäftigten in Kurzarbeit. Zum Vergleich: Im Dezember 2008 waren noch weniger als ein Prozent von Kurzarbeit betroffen. Im Juni 2009 betrug der durchschnittliche Arbeitszeitausfall der Kurzarbeiter 30,5 Prozent (Bundesagentur für Arbeit 2009). In Vollzeitäquivalenten²² errechneten sich so 432.000 vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer. In diesem Umfang entlastete die Kurzarbeit die Arbeitslosigkeit (ebd.). Eine Interpretation dieser Zahl in dem Sinne, dass die Arbeitslosigkeit ohne Kurzarbeit um diesen Betrag angestiegen wäre, ist aber nicht zulässig. Der tatsächliche Anstieg in Abwesenheit des Instrumentes hätte höher oder niedriger ausfallen können. Hijzen/Venn (2011) schätzen, dass die Beschäftigung um rund 235.000 Personen höher ausgefallen ist, als sie ohne Kurzarbeit gewesen wäre.²³ Man könnte eine Arbeitslosigkeitswirkung in ähnlicher Höhe unterstellen. Jedenfalls verdeutlicht das Ausmaß der Inanspruchnahme, dass der Einsatz von Kurzarbeit ein wichtiger stabilisierender Faktor für die deutsche Arbeitsmarktentwicklung war. Die starke Inanspruchnahme von Kurzarbeit in Hessen hat hessenweit und besonders in den betrachteten Kreisen wesentlich zur Aufrechterhaltung beziehungsweise zum lediglich schwachen Rückgang der Beschäftigung beigetragen (vgl. Kapitel 5).

Die Wirkung der gestiegenen Flexibilität, sei es in Form von früher so nicht existierenden Arbeitsmarktkonten oder durch günstigere Regelungen zur Kurzarbeit, wird aber in der Literatur kontrovers diskutiert. Während Möller (2010, 2011) diesem Faktor eine wichtige Rolle zubilligt, argumentieren Burda und Hunt (2011), dass weder die Reduktion der Arbeitszeit in der Krise noch die Inanspruchnahme der Kurzarbeit außergewöhnlich hoch war. Im Gegenteil argumentieren sie, dass Arbeitszeitkonten eine stärkere Inanspruchnahme der Kurzarbeit verdrängt hätten und somit der Flexibilitätsspielraum insgesamt nicht stärker genutzt wurde als in anderen Krisen.

Eine weitere wichtige Rolle für die flexible Reaktion der Firmen auf die Krise mögen auch Öffnungsklauseln gespielt haben. Öffnungsklauseln ermöglichen unter bestimmten Bedingungen eine Abweichung von tariflichen Mindeststandards. Sie haben in der letzten Dekade gerade im Verarbeitenden Gewerbe deutlich an Bedeutung gewonnen (Garloff/Gürtzgen 2012).²⁴ Allerdings argumentieren Burda und Hunt (2011), dass diese in der Krise nicht besonders häufig in Anspruch genommen wurden. Möglicherweise, weil mit dem Kurzarbeitergeld und den Arbeitszeitkonten aus Firmensicht günstigere Instrumente zur Verfügung standen.

Zudem wird aufgeführt, dass die Arbeitsmarktreformen aus den Jahren 2003 bis 2005 eine Auswirkung auf die Krisenreaktion hatten. Verschiedene Quellen belegen, dass die Hartz-Arbeitsmarktreformen die (strukturelle) Arbeitslosigkeit gesenkt haben (Sunde/Fahr 2009;

²² Das Vollzeitäquivalent rechnet den Arbeitsausfall in Vollzeitstellen um.

²³ Um die angegebenen 235.000 Beschäftigten in Perspektive zu setzen, kann man die aufgrund des historisch geltenden Zusammenhangs zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit erwartete Veränderung der Arbeitslosigkeit zur tatsächlichen Veränderung der Arbeitslosigkeit ins Verhältnis setzen: Gemäß Okunschem Gesetz, berechnet für den Zeitraum 1990–2008, hätte die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Jahresdurchschnitt um rund 1,8 Prozentpunkte oder knapp 800.000 Arbeitslose steigen müssen (Blanchard/Illing 2009). Dahingegen ist sie tatsächlich nur um rund 250.000 Arbeitslose gestiegen. Der tatsächliche Anstieg bleibt also um knapp 550.000 Personen hinter dem erwarteten Anstieg zurück.

²⁴ Über ihre Bedeutung in der Krise und ihre Nutzung liegen uns aber leider keine Informationen vor.

Klinger/Rothe 2012). Dabei werden insbesondere die Auswirkungen der Arbeitsmarktreform auf die Lohnbildung und auf die dynamische Anpassung des Arbeitsmarktes an ein neues Gleichgewicht diskutiert.

Die vermuteten Auswirkungen auf die Lohnbildung könnten sowohl eine Absenkung des Lohnniveaus (gegenüber dem Kontrafakt keine Hartz-Reformen) sein als auch ein Effekt auf das Niveau des Lohnwachstums. Damit wären sie sozusagen die Grundlage der oben beschriebenen moderaten Lohnentwicklung, der guten finanziellen Reserven und der ansteigenden (nicht befriedigten) Arbeitsnachfrage.

Die dynamische Anpassung des Arbeitsmarktes an ein neues Gleichgewicht mit niedrigerer Arbeitslosigkeit wird von Gartner und Merkl (2011a, 2011b) beschrieben. Sie geben zu bedenken, dass die Auswirkungen der Hartz-Reformen, hin zu einer niedrigeren Arbeitslosigkeit, Zeit in Anspruch nehmen. Man hätte einen Trend zu niedrigerer Arbeitslosigkeit und höherer Beschäftigung, der über mehrere Jahre andauerte und der sich mit den Kriseneffekten überlagerte.

In der Literatur wird außerdem argumentiert, dass schon seit Mitte der 1990er Jahre Änderungen im Lohnfindungsprozess eingesetzt haben (sog. „wage moderation“). Diese zeigen sich einerseits darin, dass die Entwicklung der Durchschnittslöhne häufig unter dem sog. Verteilungsspielraum zurückgeblieben ist und andererseits in der Entwicklung der Lohnungleichheit, wobei insbesondere die Entwicklung der Durchschnittslöhne der Höherqualifizierten ab diesem Zeitpunkt von den Löhnen der Mittel- und Geringqualifizierten abweicht. Als Gründe für diese Veränderungen im Lohnbildungsprozess werden in der Literatur die in einigen Wirtschaftsbereichen rückläufige Tarifbindung und Gewerkschaftsmitgliedschaft, eine Überbewertung der D-Mark in der EWU, Furcht vor zunehmender Konkurrenz durch die EU-Osterweiterung aber auch die Hartz-Reformen genannt (Möller 2012; Burda/Hunt 2011). Das schwächere Lohnwachstum kann auch einen Teil der günstigeren Beschäftigungsentwicklung im Vergleich zu früheren Krisen erklären: Burda und Hunt (2011) schätzen den Beitrag auf rund 20 Prozent.

Schließlich könnte die moderate Arbeitsmarktreaktion auch auf den im internationalen Vergleich in Deutschland recht ausgeprägten Kündigungsschutz zurück geführt werden. Diese Vermutung erweist sich jedoch als nicht besonders tragfähig. So weist Möller (2011) darauf hin, dass es in Deutschland in früheren Rezessionen, wie z. B. den beiden Ölpreisrezessionen Mitte der 1970er Jahre, zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit gekommen ist, obwohl der Kündigungsschutz zur damaligen Zeit noch deutlich stärker ausgeprägt war, als dies heute der Fall ist. Darüber hinaus zeigen Möller (2011) zu Folge auch internationale Vergleiche der OECD Länder, dass keine starke Korrelation zwischen einem ausgeprägten Kündigungsschutz und der Stärke der Arbeitsmarktreaktion existiert.

Weitere Gründe

Das besonnene Agieren der Tarifvertragsparteien, während der Krise ihr Hauptaugenmerk auf die Arbeitsplatzsicherheit zu legen, und dementsprechend einen moderaten Kurs in der Tariflohnpolitik zu verfolgen, wird ebenfalls als Grund für die günstige Beschäftigungsentwicklung genannt. Burda und Hunt (2011) zufolge ist dieser Effekt

allerdings nicht nachzuweisen. Sie argumentieren, dass die Auswirkungen der zurückhaltenden Lohnabschlüsse in der Krise erst mit Zeitverzögerung Wirkung hätten zeigen dürfen und deshalb die gute Arbeitsmarktentwicklung während der Krise nicht auf die zurückhaltende Lohnpolitik während der Krise zurückgeführt werden kann. Allerdings tragen sie demzufolge vermutlich dazu bei, dass die Arbeitsmarktentwicklung nach der Krise so positiv war, dass also kein „jobless growth“ eintrat.

Ein weiteres Argument, das in der Literatur als Grund für die moderate deutsche Arbeitsmarktreaktion in der Krise genannt wurde, ist die Möglichkeit multinationaler Unternehmen, die Beschäftigungsanpassung zwischen Ländern zu wählen. Mit Hilfe von Bundesbankdaten zeigen Peters und Weigert (2011), dass multinationale Unternehmen während der Wirtschaftskrise im Ausland eine deutlich schlechtere Beschäftigungsentwicklung aufwiesen als in Deutschland. Offenbar wurde dies von den betreffenden Unternehmen als vorteilhaft eingeschätzt. Wie groß der Beitrag dieser zusätzlichen Flexibilitätsressource zur Beschäftigungsentwicklung insgesamt war, bleibt aber unbestimmt.

Zuletzt haben vermutlich die Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik (z. B. Weiterbildung) sowie die beiden Konjunkturpakete des Bundes eine entlastende und stabilisierende Wirkung auf den Arbeitsmarkt gehabt.

7 Fazit

Im Jahre 2009 sahen sich Deutschland und Hessen dem bedeutendsten Einbruch der Wirtschaftsleistung seit der Weltwirtschaftskrise gegenüber. Die Auswirkungen trafen Deutschland und Hessen nicht so massiv, so dass die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt entgegen aller Erwartungen sowohl in ganz Deutschland als auch in Hessen positiv verlief. Beobachter und Kommentatoren sprechen vom deutschen Arbeitsmarktwunder. Die Gründe für die positive Arbeitsmarktreaktion scheinen in erster Linie mit der spezifischen Natur der Krise und den modernisierten deutschen Arbeitsmarktinstitutionen, aber auch mit der zurückhaltenden Einstellungspolitik der Unternehmen vor der Krise zusammenzuhängen. Institutionell trugen vor allem die Kurzarbeit, die tarifvertraglich vereinbarten Flexibilitäten sowie die Hartz-Reformen zur günstigen Arbeitsmarktentwicklung bei. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise ist (zumindest vorerst) überwunden. Die positiven Daten, wie eine steigende Beschäftigung und eine sinkende Arbeitslosigkeit sind deutliche Signale für eine verbesserte Arbeitsmarktsituation in Deutschland und Hessen. Zu dieser Entspannung auf dem Arbeitsmarkt hat auch der signifikante Wiederanstieg der Exporte beigetragen. Dieser und ein Investitionsboom haben zu einem starken Wirtschaftswachstum und damit verbunden auch zu einer erheblichen Nachfragesteigerung auf dem Arbeitsmarkt geführt. Das Wachstum ohne Schaffung neuer Stellen („jobless growth“) ist ausgeblieben. Eine sinkende Arbeitslosigkeit, wieder steigende Löhne und gute Zukunftsaussichten helfen auch mit, die Inlandsnachfrage anzukurbeln und bieten so auf einige Jahre hinaus gute Perspektiven für die deutsche Wirtschaftsentwicklung: Einige sprechen gar vom goldenen Jahrzehnt (Rürup/Heilmann 2012).

Doch so erfreulich diese positiven Signale auch sein mögen, gibt es durchaus auch Hinweise, warum sich die positive Arbeitsmarktentwicklung auch wieder abschwächen könnte. Zwar hat sich im vierten Jahr nach dem „Crash“ die realwirtschaftliche Situation weitestgehend stabilisiert, in Deutschland und Hessen gab es einen schnellen Aufholprozess. Die deutsche Wirtschaftsleistung hat sich wie der Welthandel erholt und überschreitet das Niveau vor der Krise. Allerdings operiert die Geld- und Fiskalpolitik in vielen Industrieländern nach wie vor im Krisenmodus. Doch ob die Krise tatsächlich überwunden ist, bleibt fraglich. Insbesondere der konjunkturelle Einbruch im Jahr 2009, sowie die Rettungsmaßnahmen für notleidende Banken und Unternehmen haben zu einer erheblichen Belastung der öffentlichen Haushalte und in der Folge zu fiskalischen Krisen insbesondere der sog. GIIPS-Staaten²⁵ geführt. Es ist nicht auszuschließen, dass die synchrone Haushaltskonsolidierung der europäischen Staaten zu einer nachhaltigen Wachstumsschwäche oder sogar zu einem erneuten ökonomischen Einbruch („double dip“) führt. Genauso bestehen konjunkturelle Risiken durch die hohe Unsicherheit über die Zahlungsfähigkeit einzelner Staaten und den Fortbestand des Euro. Derzeit zeigen viele Frühindikatoren der Wirtschaftsforschungsinstitute nach unten. Rezessive Entwicklungen würden sich dieses Mal auch am Arbeitsmarkt bemerkbar machen, denn „auch für Deutschland wird sich die glückliche Konstellation von 2008 kaum wiederholen“ (Gartner/Merkl 2011a).

Im Hinblick auf die gute Arbeitsmarktlage darf nicht vergessen werden, dass sich in Hessen auch im Mai 2012 noch knapp 232.000 Personen in Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) befinden. Davon sind rund 177.000 arbeitslos, was einer Arbeitslosenquote von 5,6 Prozent entspricht, und fast 70 Prozent darunter im Rechtskreis SGB II mit teilweise schwierigen Bewerberprofilen. Regionale Disparitäten verweisen weiterhin auf teilweise hohe regionale Arbeitslosigkeitsprobleme: Während Bayern im Mai 2012 eine Quote von 3,5 Prozent aufweist, liegen die meisten ostdeutschen Regionen weiterhin um zehn Prozent. Diese regionalen Disparitäten sind auch in Hessen beobachtbar: Z. B. beträgt die Arbeitslosenquote in der Stadt Offenbach im Mai 2012 10,4 Prozent, während der Hochtaunuskreis eine Quote von lediglich 3,7 Prozent aufweist. Des Weiteren gilt es den Beschäftigungsaufbau der letzten Jahre sozialpolitisch zu begleiten, da in der Tendenz eine Segmentierung des Arbeitsmarktes zu beobachten ist, die durch steigende Lohnungleichheit, die Beschäftigung im Niedriglohnbereich sowie atypische Beschäftigungsverhältnisse verstärkt wird. So war z. B. sowohl in Deutschland als auch in Hessen zum Ende des Jahres 2010 mehr als jeder fünfte sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte zu einem Niedriglohn beschäftigt (Garloff/Machnig 2011; Bäcker/Bosch/Weinkopf 2011). Der arbeitsmarktpolitische und sozialpolitische Handlungsbedarf besteht also fort.

Auch in anderer Hinsicht sind zukünftige Herausforderungen und Problembereiche erkennbar. So ist absehbar, dass der deutsche Arbeitsmarkt aufgrund mutmaßlich weiter steigender Qualifikationsanforderungen und einem damit einhergehenden steigenden Fachkräftebedarf, der demografischen Entwicklung, sich wandelnder Erwerbsmuster, der

²⁵ Die Abkürzung GIIPS ist eine während der Staatsschuldenkrise im Euroraum 2010 für die fünf Euro-Staaten Griechenland, Italien, Irland, Portugal und Spanien entstandene Abkürzung.

Öffnung der ost- und mitteleuropäischen Arbeitsmärkte, der stetig wachsenden Erwerbstätigkeit von Frauen sowie der erforderlichen besseren Integration von Migranten, vor weiterhin großen Herausforderungen steht.

Regionalpolitisch können aus der Diskussion der regionalen Entwicklungen unterschiedliche Schlussfolgerungen abgeleitet werden. Zum einen könnte eine Diversifikation des regionalen Wirtschaftsportfolios helfen, eine besonders hohe Krisenbetroffenheit abzumildern. Zum anderen scheinen insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe besondere Clustereffekte gerade in einer hohen regionalen Konzentration erreichbar zu sein. In diesem Falle können spezialisierte Regionen füreinander eine Art Versicherungsfunktion übernehmen: Während hochspezialisierte und dynamisch wachsende Regionen in wirtschaftlich normalen Zeiten die stärker dienstleistungsgebundenen Regionen mittragen, kann in Krisenzeiten ein gegenseitiger Transfer die Schwankungsanfälligkeit des Verarbeitenden Gewerbes ausgleichen.

Literatur

Arlt, Andrea; Dietz, Martin; Walwei, Ulrich (2009): Winds of change: Work arrangements in Germany. Geneva.

Bach, Hans-Uwe; Spitznagel, Eugen (2009): Kurzarbeit: Betriebe zahlen mit - und haben was davon. IAB-Kurzbericht, 17/2009, Nürnberg.

Blanchard, Oliver (2009): The Crisis: Basic Mechanisms and Appropriate Policies. In: CESifo Forum, Jg. 10, Nr. 1, S. 3–14.

Bäcker, Gerhard; Bosch, Gerhard; Weinkopf, Claudia, 2011: Arbeitsmarktpolitik bis 2020: integrativ, investiv, innovativ. In: Machnig, Matthias (Hrsg.) (2011): Welchen Fortschritt wollen wir? Neue Wege zu Wachstum und sozialem Wohlstand, Frankfurt (u.a.): Campus Verlag, S. 114–131.

Blanchard, Olivier; Illing, Gerhard (2009): Makroökonomie, 5. aktualisierte und erweiterte Auflage. München: Pearson Studium.

Boysen-Hogrefe, Jens and Dominik Groll (2010): The German Labour Market Miracle. National Institute Economic Review, Nr. 214, S. 38–50.

Bundesagentur für Arbeit (2011): Analytikreport der Statistik. Analyse des Arbeitsmarktes in Hessen im Dezember 2011. <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistische-Analysen/Analytikreports/Regional/Analyse-Arbeitsmarkt-Laender/Analyse-Arbeitsmarkt-Laender-Hessen-Nav.html> [Ladedatum 05.07.2012].

Bundesagentur für Arbeit (2009): Arbeitsmarktberichterstattung: Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Ein Jahr Krise auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Stand November 2009. Nürnberg.

Burda, Michael C.; Hunt, Jennifer (2011): What Explains the German Labor Market Miracle in the Great Recession? In: Brookings Papers on Economic Activity. Economic Studies Program, The Brookings Institution, Jg. 42, Nr. 1 (Spring), S. 273–335.

Burda, Michael C. (2011): Dieser 'wundersame' deutsche Arbeitsmarkt. In: Ökonomenstimme. <http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2011/12/dieser-wundersame-deutsche-arbeitsmarkt/> [Ladedatum 05.07.2012].

Campello, Murillo; Graham, John R.; Harvey, Campbell (2010): The real effects of financial constraints: Evidence from a financial crisis. In: Journal of Financial Economics, Jg. 97, Nr. 3, S. 470–487

Dietz, Martin; Stops, Michael; Walwei, Ulrich (2011): Safeguarding jobs in times of crisis – Lessons from the German experience. International Institute for Labour Studies. Discussion paper, Nr. 207, Genf.

Dietz, Martin; Stops, Michael; Walwei, Ulrich (2010): Safeguarding jobs through labor hoarding in Germany. In: Zimmermann, Klaus F., Wey, Christian (Hrsg.) (2010): The economy, crises, and the labor market: Can institutions serve as a protective shield for employment? Applied Economics Quarterly Supplement Nr. 61, Berlin: Duncker und Humblot, S. 125–149.

Dullien, Sebastian; Herr, Hansjörg; Kellermann, Christian (2009): Der gute Kapitalismus ... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste. Bielefeld: transcript Verlag.

Fuchs, Johann; Hummel, Markus; Hutter, Christian; Klinger, Sabine; Spitznagel, Eugen; Wanger, Susanne; Weber, Enzo; Zika, Gerd (2011): Prognose 2011/2012: Schwerere Zeiten für den Arbeitsmarkt. IAB-Kurzbericht, 19/2011, Nürnberg.

Fuchs, Johann; Hummel, Markus; Klinger, Sabine; Spitznagel, Eugen; Wanger, Susanne; Weber, Enzo; Zika, Gerd (2011): Neue Arbeitsmarktprognose 2011: Rekorde und Risiken. IAB-Kurzbericht, 07/2011, Nürnberg.

Fuchs, Johann; Hummel, Markus; Klinger, Sabine; Spitznagel, Eugen; Wanger, Susanne; Zika, Gerd (2010a): Prognose 2010/2011: Der Arbeitsmarkt schließt an den vorherigen Aufschwung an. IAB-Kurzbericht, 18/2010, Nürnberg.

Fuchs, Johann; Hummel, Markus; Klinger, Sabine; Spitznagel, Eugen; Wanger, Susanne; Zika, Gerd (2010b): Entwicklung des Arbeitsmarktes 2010: Die Spuren der Krise sind noch länger sichtbar. IAB-Kurzbericht, 03/2010, Nürnberg.

Garloff, Alfred; Machnig, Jan (2011): Wenig Lohn trotz Vollzeitbeschäftigung. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland und Hessen. Eine Bestandsaufnahme. IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz. IAB Hessen, 03/2011, Nürnberg.

Garloff, Alfred; Burkert, Carola; Machnig, Jan; Schaade, Peter (2010): Frauen als Gewinnerinnen der Wirtschaftskrise? Frauen und Männer am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Hessen 2009. IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz. IAB Hessen, 01/2010, Nürnberg.

Garloff, Alfred; Gürtzgen, Nicole (2012): Collective Wage Contracts, Opt-Out Clauses and Firm-Wage Differentials: Evidence from Linked Employer-Employee Data. In: Industrial Relations, Jg 51, Nr. 3, S. 731–748.

Gartner, Hermann; Merkl, Christian (2011a): Die ökonomische Basis des Arbeitsmarktwunders. In: Ökonomenstimme, 21.03.2011. <http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2011/03/die-oekonomische-basis-des-arbeitsmarktwunders/> [Ladedatum 05.07.2012].

Gartner, Hermann; Merkl, Christian (2011b): The roots of the German miracle. In: VoxEU.org. <http://www.voxeu.org/article/roots-german-miracle> [Ladedatum: 05.07.2012].

Gartner, Hermann; Klinger, Sabine (2010): Verbesserte Institutionen für den Arbeitsmarkt in der Wirtschaftskrise. In: Wirtschaftsdienst, Jg. 90, H. 11, S. 728–734.

Gorton, Gary B.; Metrick, Andrew (2012): Getting up to Speed on the Financial Crisis: A One-Weekend-Reader's Guide. NBER Working Papers Nr. 17778, Cambridge: NBER.

Hellwig, Martin (2009): Systemic Risk in the Financial Sector: An Analysis of the Subprime-Mortgage Financial Crisis. Preprints of the Max Planck Institute for Research on Collective Goods, Bonn.

Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2012): Statistische Berichte. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung und Arbeitnehmerentgelt in Hessen und Deutschland 2008 bis 2011, Juli 2012, Wiesbaden.

Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2010a): Staat und Wirtschaft in Hessen. 65 Jg., H. 12, Wiesbaden.

Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2010b): Staat und Wirtschaft in Hessen. 65. Jg., H. 10, Wiesbaden.

Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2009): Konjunkturprognose Hessen 2010. Wiesbaden.

Hickel, Rudolf (2009): Plädoyer für einen regulierten Kapitalismus. Wirtschafts- und Finanzmarktkrisen – Ursachen und Lehren. In: Sauer, Thomas; Ötsch, Silke; Wahl, Peter (Hrsg.) (2009): Das Casino schließen! Analysen und Alternativen zum Finanzmarktkapitalismus. Hamburg: VSA-Verlag, S. 45–74.

Hijzen, Alexander; Venn, Danielle (2011): The Role of Short-Time Work Schemes during the 2008-09 Recession. In: OECD Social, Employment and Migration Working Papers, Nr. 115, OECD Publishing.

Internationaler Währungsfonds (2009): World Economic Outlook – Crisis and Recovery. April 2009. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2009/01/index.htm> [Ladedatum 05.07.2012].

Ivashina, Victoria; Scharfstein, David (2010): Bank Lending during the Financial Crisis of 2008. In: Journal of Financial Economics, Jg. 97, Nr. 3, S. 319–338.

Kettner, Anja; Rebien, Martina (2007): Soziale Arbeitsgelegenheiten Einsatz und Wirkungsweise aus betrieblicher und arbeitsmarktpolitischer Perspektive. IAB-Forschungsbericht, 02/2007, Nürnberg.

Klinger, Sabine (2011): The German labour market during and after the great recession. In: International Labor Brief, Jg. 9, Nr. 2, S. 13–25.

Klinger, Sabine; Rothe, Thomas (2012): The impact of labour market reforms and economic performance on the matching of the short-term and the long-term unemployed. In: Scottish Journal of Political Economy, Jg. 59, Nr. 1, S. 90–114.

Klinger, Sabine; Rothe, Thomas (2011): Langzeitarbeitslosigkeit: Fortschritte nicht gefährden. In: Wirtschaftsdienst, Jg. 91, H. 10, S. 656.

Krugman, Paul (2009): Free to Loose. In: New York Times 12.11.2009. [Ladedatum 05.07.2012].

Möller, Joachim (2012): From a Bulwark of Eurosclerosis to a Flexibility Champion? Why did the German economy and the labor market so well during and after the Great Recession? (im Erscheinen). In: CESifo DICE Report. Journal for Institutional Comparisons

Möller, Joachim (2011): Das deutsche Arbeitsmarktwunder. Versuch einer Erklärung. In: Nietert, Bernhard (Hrsg.) (2011): Die Eskalation der Finanz- zur Wirtschaftskrise, (Taschenbücher für Geld, Bank, Börse), Frankfurt am Main: Fritz Knapp Verlag, S. 105–123.

Möller, Joachim (2010): The German labor market response in the world recession. Demystifying a miracle. In: Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung, Jg. 42, H. 4, S. 325–336.

Möller, Joachim; Walwei, Ulrich (2009): Krisenanalyse und Empfehlungen: Das deutsche Arbeitsmarktwunder auf dem Prüfstand. In: IAB-Forum Spezial, Nürnberg, S. 4–11.

Peters, Heiko; Weigert, Benjamin (2011): Beschäftigungsentwicklung innerhalb multinationaler Unternehmen während der globalen Rezession 2008/2009. Arbeitspapier 04/2011, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden, November 2011.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2012): Deutsche Konjunktur im Aufwind – Europäische Schuldenkrise schwelt weiter. Frühjahr 2012.

Puri, Manju; Rocholl, Jörg; Steffen, Sascha (2011): Global Retail Lending in the Aftermath of the U.S. Financial Crisis: Distinguishing between Supply and Demand Effects. *Journal of Financial Economics*, Jg. 100, Nr. 3, S. 556-578.

Rürup, Bert; Heilmann, Dirk (2012): *Fette Jahre. Warum Deutschland eine glänzende Zukunft hat.* München: Carl Hanser Verlag.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.) (2011): *Verantwortung für Europa wahrnehmen. Jahresgutachten 2011/2012*, Wiesbaden.

Sunde, Uwe; Fahr, René (2009): Did the Hartz Reforms Speed-Up Job Creation? A Macro-Evaluation Using Empirical Matching Functions. In: *German Economic Review* Nr. 3, S. 284–316.

Werner, Bernd (2011): *Kurzarbeit in Hessen*, HA Hessen Agentur GmbH, Report Nr. 803, Wiesbaden.

Anhang: Der Ausbruch der Finanzkrise von 2007/2008

Wie kam es zur Finanzkrise?²⁶

Der amerikanische Immobilienboom

Auslöser der Finanz- und Wirtschaftskrise war der amerikanische Immobilienboom, der im Anschluss an den scharfen Einbruch der Börsen im Jahr 2000 (das Ende der sog. „Dotcom-Blase“) einsetzte und im Jahr 2006/2007 eine Kehrtwende erfuhr. Eine expansive Ausrichtung der Geldpolitik der amerikanischen Notenbank FED im Nachgang zum oben erwähnten Börsencrash, d. h. niedrige Zinsen über einen sehr langen Zeitraum, begünstigten eine großzügige Kreditvergabe der Banken an private Personen. Dabei war es gleichzeitig ein erklärtes Ziel amerikanischer Wirtschaftspolitik den privaten Hausmarkt zu fördern. Diese geld- und wirtschaftspolitische Ausrichtung der amerikanischen Politik begünstigte einerseits einen Boom der Hauskäufe und -preise und führte andererseits dazu, dass die durchschnittliche Bonität der Hauskäufer (im Sinne von eigenen Sicherheiten, festen Einkünfte, usw.) tendenziell sank: Es wurden Kredite an Schuldner, sog. „NINJA'S“ (No Income, No Job, No Assets) vergeben, die unter normalen Umständen nicht als kreditwürdig gegolten hätten (sog. „subprime“ Kredite).

Als zusätzlicher Grund für eine solche zunehmende Kreditvergabe wird in der Literatur auch ein hohes Angebot an Ersparnissen (die sog. „savings glut“) aufgeführt, das in Zeiten sehr niedriger (staatlicher) Zinsen in alternative Anlagemöglichkeiten investiert werden sollte. Um solche Investitionsmöglichkeiten für Nicht-Banken zu schaffen, schuf man die sog. MBS („Mortgage Backed Securities“²⁷). Sie boten Investoren die Möglichkeit sich an Immobilienkrediten zu beteiligen, ohne dass dabei individuelle Informationsbedürfnisse entstanden. Die ursprüngliche Idee dieser Anlageform war es, Immobilien unterschiedlicher (erstklassiger) Schuldner zusammenzunehmen, damit das Gesamtrisiko wesentlich zu diversifizieren und zu reduzieren²⁸, und diese in unterschiedliche (i.d.R. drei) Tranchen zu zerteilen. Die Tranchen werden dabei nach dem Ausfallrisiko gebildet. Die „sichere“ Tranche ist diejenige, die bei Kreditrückzahlung zuerst bedient wird. Unterstellt man, dass die Kreditnehmer jeweils kleine, untereinander unkorrelierte Risiken darstellen, so ist die Rückzahlung eines Drittels der Kredite bei guten Kreditnehmern nahezu sicher (und selbst falls nicht, hätte man ja noch die Immobilie). Daher waren diese besten Tranchen durch die Rating-Agenturen in der Regel mit AAA bewertet. Das bedeutet, dass diese Ratingagenturen von einer sicheren Rückzahlung ausgehen. Geeignete Regulierungen, die eine Vergabe solcher Kredite an ungeeignete Kreditnehmer mit geringer Rückzahlungswahrscheinlichkeit bremsen würden, existierten nicht. Eine geeignete Regulierung hätte sein können, dass die kreditvergebende Institution einen Teil des Risikos in den eigenen Büchern behalten muss, so dass sie ein Interesse an einer Kreditvergabe nur an Kandidaten mit einer hohen Rückzahlungswahrscheinlichkeit gehabt hätte.

²⁶ Die Darstellung orientiert sich an Hellwig (2009) und Blanchard (2009).

²⁷ Schuldverschreibungen, die mit Immobilien hinterlegt sind. Vergleichbar etwa einem deutschen Pfandbrief.

²⁸ Es ist im Falle nicht vollständig abhängiger Risiken sehr viel unwahrscheinlicher, dass alle Kreditnehmer zahlungsunfähig werden, als dass einer zahlungsunfähig wird.

Die Erwartung steigender Immobilienpreise führten zudem dazu, dass der Verschuldungsgrad beim Kauf einer Immobilie über 100 Prozent betragen konnte: Mit anderen Worten, man konnte auf steigende Immobilienpreise wetten (Hellwig 2009).²⁹

Internationale Verflechtungen

Die amerikanischen Banken waren erstaunlich erfolgreich dabei, diese MBS auch an ausländische Investoren zu verkaufen, eine Kehrseite des hohen und beständigen amerikanischen Außenhandelsdefizites: Während die konsumfreudigen Amerikaner ausländische Produkte kauften, akzeptierten ausländische Gläubiger Rückzahlungsversprechen in Form von Immobilienkrediten.

Bedenklich war dabei, dass es manchen Banken gelungen war, sich allein durch den Kauf solcher MBS an den Rand des Ruins zu bringen, dass sie also offensichtlich von einer Geldanlage so viel gekauft hatten, dass sie dies an den Rand des Zusammenbruchs brachte. Das widerspricht nicht nur einem vernünftigen Risikocontrolling, sondern wäre auch aus Sicht der Bankenregulierung unzulässig. Allerdings wurde z. B. in Deutschland eine Regulierungslücke ausgenutzt. Und zwar gibt es bankenähnliche Institutionen (von Krugman (2009) Schattenbanken genannt), die nicht der Bankenregulierung unterliegen (z. B. „Conduits“ bzw. „Specialized Investment Vehicles“ (SIV)) und die unbegrenzt Risiken eingehen konnten. Damit diese Schattenbanken, die in der Regel ohne (oder mit sehr wenig) Eigenkapital agierten, sich überhaupt Geld leihen konnten, benötigten Sie eine Garantieerklärung von Garanten, z. B. Geschäftsbanken. Diese Garantie musste nicht bilanziert werden, eine klare Regulierungslücke. Das Geschäftsmodell dieser Schattenbanken war in der Regel das folgende: Sie nutzten die Normalität der Zinsstrukturkurve aus. Eine normale Zinsstrukturkurve verläuft steigend: je länger die Laufzeit, desto höher der Zins. SIVs vergeben also langfristige Kredite (z. B. an amerikanische Hausbauer) zu hohen Zinsen und refinanzieren sich ihrerseits mit kurzfristigen Krediten zu niedrigen Zinsen. Das funktioniert solange, wie der kurzfristige Zinssatz nicht über dem langfristigen Zinssatz liegt. Im Falle der Finanzkrise ist der Markt für kurzfristige Kredite (sog. „Commercial Paper“) ganz zusammengebrochen. Ein Rätsel aus Sicht der Autoren bleibt indessen, wieso diese SIVs so einseitig in MBS engagiert waren und nicht einen höheren Grad an Diversifikation gewählt hatten.

Der Ausbruch der Krise

Bereits Mitte 2006 stagnierten die Häuserpreise in den USA, während die Zinsen für die Finanzierung der Immobilien zu steigen begannen. Mit den zunächst langsam und dann schneller sinkenden Preisen und den steigenden Zinsen zeigte sich in zunehmendem Maße die schlechtere Finanzbasis der Kreditnehmer: Die Rückzahlungsraten sanken und damit stiegen die Zwangsversteigerungen. Dies verstärkte den Abwärtstrend der Hauspreise. Mit den Hauspreisen sank aber auch der Wert der MBS, da diese den Wertpapieren zugrunde liegenden Sicherheiten an Wert verloren. Das wiederum führte zu Abschreibungsbedarfen in

²⁹ Beispiel: Man will ein Haus zu 100.000 Euro bauen. Man nimmt also einen Kredit über 100.000 Euro auf und hinterlegt seine Immobilie als Sicherheit. Die Bank ist dann u. U. bereit einem höheren Kredit, etwa 110.000 Euro zuzustimmen, weil sie mit steigenden Immobilienwerten rechnet.

den Bankbilanzen, weil auch nicht realisierte Verluste zu bilanzieren sind („mark-to-market“). Um höhere Verluste zu vermeiden, begannen einzelne Akteure, diese Papiere abzustoßen („fire sales“). Zugleich fanden diese Papiere nur noch wenig potentielle Käufer, weil viele Investoren ähnliche Probleme hatten. Dies führte zu einem weiteren Wertverfall dieser Papiere und damit zu weiterem Abschreibungsbedarf.

Im Falle der Finanzkrise kamen noch zwei weitere Faktoren hinzu: Erstens hatte man beim Bündeln von MBS keinen besonders großen Wert auf Transparenz gelegt. Man hatte den Prozess des Bündelns unterschiedlicher Wertpapiere und Weiterverkaufs nicht nur einmal, sondern mehrmals durchgeführt, so dass es irgendwann vergleichsweise kompliziert war, zu durchschauen, ob ein bestimmtes Wertpapier denn jetzt von sinkenden Werten betroffen war oder nicht. Es war den Eigentümern der MBS wohl nicht immer klar, auf welche genauen Vermögenswerte sich das Wertpapier bezog. Zweitens wurden irgendwann auch andere Wertpapiere mit in die Abwärtsspirale hineingezogen. Ein Grund hierfür war auch, dass sich der steigende Bedarf der Finanzakteure nach Liquidität, nicht mehr über den Geldmarkt decken ließ. Finanzakteure begannen nämlich einen höheren Liquiditätsbedarf zu antizipieren, wollten infolgedessen weniger Geld weiterverleihen und waren außerdem misstrauisch, ob die Gegenpartei überhaupt noch kreditwürdig ist, auch wegen der hohen Intransparenz z. B. im MBS Markt. In der Lehman-Pleite kulminierten dann einerseits diese Tendenzen, Liquiditätshortung und Misstrauen gegenüber anderen Akteuren und andererseits wurden die Akteure von der Tatsache überrascht, dass man sich letztendlich gegen ein Intervention zur Rettung von Lehman entschloss. Der Interbankenmarkt lief in dieser Situation Gefahr, überhaupt nicht mehr zu funktionieren. Bankenrettung und Garantien von Interbankenkrediten wurden gewählt, um einen drohenden Zusammenbruch des Finanzmarktes zu verhindern. Die Zentralbanken, schon länger im Krisenmodus, stellten in höherem Maße und zu günstigeren Bedingungen als sonst Liquidität bereit, um die Liquiditätsbedürfnisse, die am Interbankenmarkt nicht mehr zu erfüllen waren, zu befriedigen. Damit konnte eine weitere Eskalation der Finanzkrise verhindert werden. In der Folge kam es aber zu deutlichen realwirtschaftlichen Folgen und schließlich zu einer bis heute andauernden Staatsschuldenkrise.

In der Reihe IAB-Regional Hessen sind zuletzt erschienen:

Nummer	Autoren	Titel
01/2012	Lepper, Timo; Machnig, Jan; Schaade, Peter	Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit – Eine Option zur Deckung des Fachkräftebedarfs. Frauen und Männer am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Hessen 2011
03/2011	Garloff, Alfred; Machnig, Jan	Wenig Lohn trotz Vollzeitbeschäftigung. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland und Hessen. Eine Bestandsaufnahme
02/2011	Garloff, Alfred; Machnig, Jan; Schaade, Peter	Große Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern. Frauen und Männer am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Hessen 2010
01/2011	Burkert, Carola; Garloff, Alfred; Lepper, Timo; Schaade, Peter	Demographischer Wandel und Arbeitsmarkt in Hessen
01/2010	Burkert, Carola; Garloff, Alfred; Machnig, Jan; Schaade, Peter	Frauen als Gewinnerinnen der Wirtschaftskrise? Frauen und Männer am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Hessen 2009

Eine vollständige Liste aller Veröffentlichungen der Reihe 'IAB-Regional' finden Sie [hier](#):

<http://www.iab.de/de/publikationen/regional.aspx>

Impressum

IAB-Regional. IAB Hessen
Nr. 02/2012

Herausgeber

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
der Bundesagentur für Arbeit
Regensburger Str. 104
90478 Nürnberg

Rechte

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit
Genehmigung des IAB gestattet

Website

<http://www.iab.de>

Bezugsmöglichkeit

http://doku.iab.de/regional/H/2012/regional_h_0212.pdf

Eine vollständige Liste aller erschienenen Berichte finden
Sie unter

<http://www.iab.de/de/publikationen/regional/hessen.aspx>

ISSN 1861-3578

Rückfragen zum Inhalt an:

Alfred Garloff
Telefon 069.6670 518
E-Mail alfred.garloff@iab.de